



Deutsches
Jugendinstitut

Materialien zum 17. Kinder- und Jugendbericht

Yannick Liedholz/ Janina Yeung

Auswirkungen des Klimawandels auf das Leben junger Menschen und die Soziale Arbeit in Deutschland

Forschung zu Kindern, Jugendlichen und Familien an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Fachpraxis

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit 60 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder und Gemeinden und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis.

Aktuell sind an den beiden Standorten München und Halle (Saale) etwa 470 Beschäftigte tätig, darunter rund 280 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Finanziert wird das DJI überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält es im Rahmen von Projektförderungen u. a. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), der Europäischen Kommission, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Impressum

© 2025 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Deutsches Jugendinstitut
Nockherstraße 2
81541 München

Datum der Veröffentlichung Juni 2025
ISBN: 978-3-86379-575-7
DOI: 10.36189/DJI202521

Ansprechpartner:
Claudia Fritsch
Telefon +49 89 62306-182
E-Mail fritsch@dji.de

Inhalt

1	Einleitung	5
2	Auswirkungen des Klimawandels auf das Leben junger Menschen in Deutschland	6
3	Klima(un)gerechtigkeit und junge Menschen: Verantwortlichkeiten für den Klimawandel und klimapolitische Entscheidungsmacht	12
4	Klimawandelbezogene Handlungsspielräume Sozialer Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe	15
5	(Selbst-)Verständnis Sozialer Arbeit im Kontext des Klimawandels	20
6	Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände zum Klimaschutz und die Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe	23
7	Einrichtungen und Dienste der Kinder- und Jugendhilfe im Angesicht einer „multiplen Krise“	26
8	Für den Klima- und Umweltschutz in der Kinder- und Jugendhilfe sensibilisieren	28
9	Große Hebel zum Klimaschutz in Einrichtungen und Diensten der Kinder- und Jugendhilfe	31
10	Forderung nach verbesserten Rahmenbedingungen für die Kinder- und Jugendhilfe	37
11	Literaturverzeichnis	39

1 Einleitung

Neben einer naturwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Klimawandel, die unter anderem entlang von beobachtbaren Klimaänderungen, Emissionswerten und technischen Anwendungen zum Klimaschutz erfolgt, gewinnen sozialwissenschaftliche Perspektiven an Relevanz. Diese fragen zuvorderst danach, was der Klimawandel für Menschen bedeutet, welche sozialen Probleme der Klimawandel verursacht und verschärft und wie eine sozial gerechte Transformation bisher nicht-nachhaltiger Gesellschaften gelingen kann. In letzter Zeit bringt sich zunehmend die Soziale Arbeit, eine der größten Berufs- und Wissenschaftssparten im sozialen Bereich, in diese Diskursfelder ein und klärt ihre Positionierungen.

Mit der vorliegenden Expertise werden die „Auswirkungen des Klimawandels auf das Leben junger Menschen und die Soziale Arbeit in Deutschland“ fokussiert. Die Expertise unterteilt sich in zwei Abschnitte, die jeweils eine:r der Autor:innen gestaltet hat.

- Abschnitt eins (Kapitel 2 bis 5) wurde von Yannick Liedholz geschrieben und wendet sich folgenden Leitfragen zu: Inwiefern sind junge Menschen in Deutschland vom Klimawandel betroffen? Welche Rolle kann der Klimawandel in sozialpädagogischen Arbeitsbeziehungen mit jungen Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe spielen? Und inwiefern steht mit dem Klimawandel das bisherige Professionsverständnis der Sozialen Arbeit in Deutschland vor Veränderungen?
- Abschnitt zwei (Kapitel sechs bis zehn) stammt von Janina Yeung. Sie wirft einen Blick auf bereits angelaufene Aktivitäten von Verbänden, Trägern und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zum Klimaschutz und skizziert, vor welchen Herausforderungen diese in Zeiten einer „multiplen Krise“ stehen. Sie fragt nach den „großen Hebeln“ zum Klimaschutz in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere in den Bereichen Sensibilisierung, Verpflegung, Strom- und Heizenergie, Mobilität und Ressourcen. Abschließend beschreibt sie die Notwendigkeit verbesserter (finanzieller) Rahmenbedingungen, damit Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ihren Aufgaben zum Klimaschutz gerecht werden können.

2 Auswirkungen des Klimawandels auf das Leben junger Menschen in Deutschland

„Ungefähr 3,3 bis 3,6 Milliarden Menschen leben unter Bedingungen, die sehr verwundbar gegenüber dem Klimawandel sind“ (IPCC 2022, S. 11) – dies konstatiert der IPCC in seinem Sechsten Sachstandsbericht. Anders als viele Regionen in „West-, Zentral- und Ostafrika, Südasien und Zentral- und Südamerika“ zählt Deutschland zwar nicht zu den „Hotspots hoher menschlicher Verwundbarkeit“ (ebd.), dennoch sind auch hierzulande Menschen zunehmend vom Klimawandel betroffen. Als eine besonders gefährdete Bevölkerungsgruppe in Deutschland gelten Kinder und Jugendliche (Wichert 2008, S. 78f.; UBA 2019, S. 32, S. 40; Peter/Petermann 2021; Eichinger u. a. 2023, S. 115; Lorenz u. a. 2023, S. 65).

Will man sich einen Überblick darüber verschaffen, inwiefern Kinder und Jugendliche in Deutschland klimawandelbedingten Risiken ausgesetzt sind, dann kann man (noch) nicht auf eine vollständige und anerkannte Systematisierung zurückgreifen, die alle möglichen physischen und psychischen Betroffenheiten abbildet. Für eine erste Annäherung kann es gewinnbringend sein, unmittelbare und mittelbare Betroffenheiten von Kindern und Jugendlichen zu unterscheiden (Liedholz 2023). Ein Vorteil dieser Aufteilung liegt darin, dass sie den Fokus darauf richtet, dass der Klimawandel nicht etwas ist, das Kinder und Jugendliche in Deutschland erst in ferner Zukunft ereilt. Vielmehr impliziert diese Aufteilung, dass sich das Leben junger Menschen bereits mitten im Klimawandel abspielt.

Unmittelbare Betroffenheiten verweisen darauf, dass Kinder und Jugendliche in Deutschland Klimawandelfolgen selbst zu spüren bekommen. Ein Aspekt ist das Erleben extremer Klima- und Wetterereignisse. Als ein Beispiel kann die verheerende Flutkatastrophe im Juli 2021 genannt werden, die besonders die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen traf. Den Ausgangspunkt der Flutkatastrophe bildeten extreme und langanhaltende Starkniederschläge, deren Auftreten im Zusammenhang mit dem Klimawandel steht (Schleussner u. a. 2021; Kunz u. a. 2017, S. 64). Von der Flutkatastrophe waren Kinder und Jugendliche unmittelbar betroffen. Im Ahrtal, einer der am stärksten zerstörten Regionen, starben „drei Kinder sowie ein Jugendlicher“ (RND 2021) durch die Wassermassen. Viele der „überlebenden Kinder und Jugendlichen“ mussten zudem „den Tod von Angehörigen, Freunden, Mitschülern, Nachbarn oder Lehrern und Tieren erleben“ genauso wie „Leichenfunde und Todesangst“ (Deutsches Ärzteblatt 2023). Im Nachgang der Ereignisse wurden psychische Probleme wie Angststörungen, Traumafolgestörungen, Aggressionen und Depressionen bei Kindern und Jugendlichen beobachtet, die teils bis heute anhalten (ebd.; SWR 2021).

Hitzewellen gehören ebenfalls zu den extremen Klima- und Wetterereignissen, die durch den Klimawandel beeinflusst werden. Eine Hitzewelle beschreibt einen mindestens dreitägigen Zeitraum mit einer überdurchschnittlichen maximalen Tages-

temperatur jenseits der 30-Grad-Marke (Deutschländer/Mächel 2017, S. 52). Hitzewellen haben „in der Häufigkeit wie auch in der Intensität in ganz Deutschland seit 1951 zugenommen“ (UBA 2019, S. 22). Beispielhaft lässt sich diese klimawandelbedingte Veränderung an der nördlich gelegenen Stadt Hamburg illustrieren. Hier gab es „im Zeitraum 1950–1993 nie solche Ereignisse, seit 1994 gab es inzwischen fünf extreme Hitzewellen“ (ebd., S. 23). Hitzewellen bedeuten eine unmittelbare Gefahr für das Wohl von Kindern und Jugendlichen. Sie führen zu körperlichen Mehrbelastungen, die bei einem Ausbleiben von „Anpassungsmechanismen [...] eine eigenständige pathogenetische Bedeutung“ (Wichert 2008, S. 76) erlangen können. Die Wärmebelastung, die Kinder am eigenen Leib erfahren, muss dabei „eine spezielle Erwähnung“ (ebd., S. 78) finden. Denn: „Im Vergleich zu Erwachsenen produzieren Kinder pro Gewichtseinheit mehr Wärme, und ihre Körpertemperatur kann bei Dehydratation schneller steigen als bei Erwachsenen. Sie geben Wärme auch schlechter ab und müssen deswegen gut überwacht werden“ (ebd., S. 78f.). Während einer Hitzewelle können vor allem jene Alltagssituationen für Kinder gefährlich sein, in denen sie sich körperlich stark betätigen (z. B. beim Sporttreiben oder beim Toben) oder in nicht-klimatisierten Räumen wie Autos oder Zügen aufhalten (ebd., S. 79). Ein tragisches Beispiel hierfür ist der Tod eines zweijährigen Mädchens im schwäbischen Memmingen im Auto ihrer Mutter bei Innentemperaturen von 46 Grad (FAZ 2002).

Weitere unmittelbare Betroffenheiten von Kindern und Jugendlichen in Deutschland resultieren aus sukzessiven Klimaänderungen. Zu nennen sind hier unter anderem klimawandelinduzierte Veränderungen des Pollenflugs. Infolge „der milderen Witterung im Frühjahr“ in Deutschland beginnt „die Pollensaison heute bereits merklich früher“ (Augustin u. a. 2017, S. 141). Dies zeigt sich unter anderem an der Birke, deren „Blühbeginn [...] sich zum Beispiel in Berlin von 1984 bis 2008 um elf Tage nach vorn verschoben [hat]“ (Lasch-Born u. a. 2013, S. 108). Bei verschiedenen Grasarten konnte zudem „[e]ine Verlängerung der Pollensaison“ (Augustin u. a. 2017, S. 141) gemessen werden. Das heißt, die Pollensaison verschiebt sich bei diesen Pflanzen nicht nur, sie dehnt sich zudem aus. Im Zuge dessen wird darauf aufmerksam gemacht, dass der Klimawandel die „Pollenmenge sowie Pollenallergenität“ (ebd., S. 141) erhöhen kann (UBA 2019, S. 36; Bergmann/Straff 2015, S. 7). Durch die klimawandelbedingten höheren Lufttemperaturen in Deutschland „können außerdem wärmeliebende Pflanzenarten, die bisher in Deutschland nicht heimisch waren, einwandern, darunter auch Pflanzen mit hohem allergenen Potenzial“ (UBA 2019, S. 36). Dies trifft z. B. auf die Beifuß-Ambrosie zu, die „zu den Spätblühern zählt“ und ihre Pollen teils „bis Ende Oktober“ (ebd., S. 37) verteilt. Mit Blick auf diese klimawandelinduzierten Veränderungen des Pollenflugs ist an die große Anzahl von Kindern und Jugendlichen in Deutschland zu denken, die an Pollenallergien leidet. Thamm u. a. (2019, S. 35) berichten: „Aktuell sind etwa eine halbe Million Kinder und Jugendliche von Asthma (4 %) und über 1 Million von Heuschnupfen betroffen (10 %).“ Unter den Betroffenen konnten „[z]u 14 bis 23 % [...] Sensibilisierungen gegen Lieschgras- und Roggenpollen, Hausstaubmilben und Birkenpollen“ (ebd., S. 29) nachgewiesen werden. Die klimawandelbedingt frühere und teils länger andauernde Blüte der Birke in Deutschland ist also für hunderttausende Kinder ein körperlicher Einflussfaktor. Studien zur Beifuß-Ambrosie legen nahe, dass bei sensibilisierten Menschen schon kleine Pollenmengen zu körperlichen Reaktionen führen können (Bergmann/Straff 2015, S. 7). Das Anfassen der

Beifuß-Ambrosie, beispielsweise beim Spielen von Kindern im Grünen, kann „eine Kontaktallergie“ (Bunz/Mücke 2017, S. 633) verursachen.

Eine weitere unmittelbare Gefahr für Kinder und Jugendliche in Deutschland ergibt sich aus erhöhten Werten an bodennahem Ozon vor allem in den Sommermonaten. Bodennahes Ozon stellt „eine bedeutende Form von Luftverschmutzung“ (Schad u. a. 2013, S. 181) dar. Es entsteht „unter Lichteinwirkung aus den Vorläufersubstanzen NO_x (also Stickstoffmonoxid und Stickstoffdioxid), Kohlenmonoxid und Kohlenwasserstoffen“ (Schultz u. a. 2017, S. 128). Mit dem Klimawandel hängt die Entstehung von bodennahem Ozon insofern zusammen, als dass sie von einer längeren Sonnenscheindauer und höheren Lufttemperaturen begünstigt wird (ebd., S. 129). In Deutschland misst man „besonders hohe[.] Ozonkonzentrationen (Sommermog) [...] vor allem bei mehrtägigen stabilen Hochdruckwetterlagen“ (ebd.). Schad u. a. (2013) heben diesbezüglich den „Hitzesommer 2003“ in Deutschland hervor, in dem an „75 Messstellen verteilt über 13 Tage[.] ein Wert oberhalb der 240 Mikrogramm pro Kubikmeter gemessen“ wurde, was „EU-weit als Alarmschwelle“ gesetzt ist, „bei deren Überschreiten die Bevölkerung gewarnt werden muss“ (Schad u. a. 2013, S. 182f.). Das Einatmen von bodennahem Ozon kann bei Kindern und Jugendlichen Beeinträchtigungen der Atemwege in Form von „Schleimhautreizungen, Husten, Atembeschwerden sowie Einschränkungen der Lungenfunktion“ (Bunz/Mücke 2017, S. 633) hervorrufen. In schwerwiegenden Fällen kommt es zu „Reizungen und Entzündungen in der Lunge“ (Schad u. a. 2013, S. 182). Darüber hinaus wurden Wechselwirkungen zwischen Luftschadstoffen wie bodennahem Ozon und (pflanzlichen) Allergenen nachgewiesen (Bergmann/Straff 2015, S. 7). Konkret kann infolge der „Einwirkung verkehrsbedingter Schwebstäube [...] die Allergenfreisetzung und auch die Entstehung allergenhaltiger Aerosole verstärkt werden“ (ebd., S. 8). Dies belastet die empfindlichen Atemwege von allergisch sensibilisierten Kindern und Jugendlichen zusätzlich höher.

Mittelbare Betroffenheiten rühren weniger daher, dass Kinder und Jugendliche in Deutschland (einzelne) Klimawandelfolgen selbst zu spüren bekommen und diese ihre Gesundheit gefährden, sondern sie resultieren überwiegend aus einer Auseinandersetzung mit dem Klimawandel und seinen Phänomenen, die sich negativ auf ihr Befinden auswirkt. Niessen und Peter (2022, S. 135) listen hierzu „verschiedene emotionale Reaktionen“ gegenüber dem Klimawandel auf. Eine davon ist die kontrovers diskutierte „Klimaangst“, die zum Ausdruck bringt, dass sich (junge) Menschen „in Bezug auf die Klimakrise ängstigen oder Sorgen machen“ (ebd., S. 136). Andere Reaktionen sind z. B. „Ärger“, „Wut“, „Frustration und Hoffnungslosigkeit“ (ebd., S. 136). Die Wut junger Menschen richtet sich dabei unter anderem auf die ausbleibende Handlungsbereitschaft gesellschaftlicher Akteur:innen wie Politiker:innen oder Unternehmen (ebd., S. 137). Die Hoffnungslosigkeit kann sich bis zur „Verzweiflung“ (ebd., S. 137) steigern, die sich als eine umfassende „Hoffnungslosigkeit in einer als ausweglos empfundenen, belastenden Situation“ (ebd., S. 137) äußert. Einen prägnanten Einblick in solche Wahrnehmungen bietet eine Nutzerin eines Jugendclubs in Berlin, die in der Forschungsarbeit von Liedholz (2022a) interviewt wird. Sie sagt an einer Stelle: „Und ich meine, jetzt haben auch in Deutschland die Klimakatastrophen angefangen und, ach, das gibt einfach so ein Gefühl von Verzweiflung und so einer richtig ekelhaften Hilfslosigkeit“ (Liedholz

2022a, I4, Zeile 148–150). Obwohl die Jugendliche die Klimakatastrophen, von denen sie spricht, nicht selbst unmittelbar erlebt hat, machen sie diese betroffen und lösen bei ihr Gefühle von Verzweiflung und Hilfslosigkeit aus.

Niessen und Peter (2022, S. 135) sprechen weiterführend von dem Phänomen einer „antizipierte[n] Bedrohung“. Damit meinen sie eine „kognitive Auseinandersetzung mit einer Zukunft, in der für sich selbst und nahestehende Personen“ gravierende Klimawandelfolgen „realistischer werden“ (ebd.). Im Zentrum steht dabei „die Sorge um die eigene (zukünftige) Existenz, aber auch die Sorge um (bedeutsame) andere Menschen und um die Natur“ (ebd.). Kinder und Jugendliche sehen für die Zukunft die Gefahr, dass sich durch einen fortschreitenden Klimawandel die beobachtbaren Klimaänderungen verschärfen und sich dadurch die Lebensbedingungen zusehends verschlechtern. Einen klima-wissenschaftlichen Bezugspunkt für solche Bedrohungsszenarien bilden die „Kipp-Punkte im Klimasystem“ (UBA 2008), die ab einer gewissen Erderhitzung auftreten und „abrupte, drastische Klimaänderungen“ (ebd., S. 4) zur Folge haben können. „Und für uns ist das, wir sind zu dem Zeitpunkt dreißig, vierzig Jahre alt und wir wissen nicht, ob es irgendwie teilweise noch lebenswert ist, dann hier zu leben, weil es so eine Qual werden wird“ (Liedholz 2022a, I4, Zeile 146–148).

Bei all diesen potenziellen unmittelbaren und mittelbaren Betroffenheiten von Kindern und Jugendlichen durch den Klimawandel in Deutschland ist stets zu beachten, dass sich Kinder und Jugendliche „noch inmitten ihrer körperlichen und psychischen Entwicklung befinden“ (Niessen/Peter 2022, S. 134). Dies führt am Beispiel von Hitzeereignissen dazu, dass sie aufgrund ihrer entwicklungsbedingten körperlichen Konstitution einer höheren Wärmebelastung ausgesetzt sind. Bei den psychischen Belastungen durch den Klimawandel muss bedacht werden, dass Kinder und Jugendliche insgesamt schon eine Reihe von bedeutenden psychischen Entwicklungsaufgaben zu bewältigen haben. Zudem ist davon auszugehen, dass Kinder und Jugendliche „weniger adäquate psychische Mechanismen und Erfahrungen für eine angemessene Reaktion auf Gefahren und krisenhafte Situationen“ (ebd., S. 134) zur Verfügung haben. Das heißt: Bei dem Auftreten von extremen Klima- und Wetterereignissen wie Flutkatastrophen und Hitzewellen oder der Konfrontation mit sukzessiven Klimaänderungen und langfristigen Bedrohungspotenzialen sind Kinder und Jugendliche seltener in der Lage, auf einen Wissens- und Erfahrungsschatz zurückzugreifen. Sie haben sich für den Umgang mit Klimarisiken noch keine eigenen Strategien erarbeitet bzw. erarbeiten können.

Einen sehr weitreichenden Bezug vom Klimawandel zum Wohl junger Menschen in Deutschland bringt Schramkowski (2022) in die Diskussion ein. Sie stellt die Überlegung an, „ob infolge der Ausbeutung und Zerstörung von Ökosystemen, also infolge ökologischer Gewalt, das Kinderwohl möglicherweise chronisch gefährdet sein könnte“ (ebd., S. 120f.). Als „ökologische Gewalt“ versteht Schramkowski (ebd., S. 127) eine Gewaltform, „die daraus resultiert, dass Ökosysteme von Menschen so stark ausgebeutet und zerstört werden, dass sie nur noch eingeschränkt (oder auch gar nicht mehr) überlebenswichtige Ressourcen wie saubere Luft, sauberes Wasser und gesunde Nahrung spenden können, sodass gesunde Bedingungen für die Entwicklung von Kindern nicht mehr selbstverständlich in ausreichendem

Maß vorhanden sind.“ Der Begriff „einer Kindeswohlgefährdung“ erscheint ihr angebracht, da „mit hinreichender Wahrscheinlichkeit von erheblichen Schädigungen für jungen [sic!] Menschen und stark eingeschränkten Entwicklungschancen im Vergleich zu vorangehenden Generationen ausgegangen werden [kann]“ (ebd., S. 128). Mit Blick auf die Kinder- und Jugendhilfe fügt sie an, dass bei dieser Form von Kindeswohlgefährdung „nur sehr bedingt Eltern“ oder „Sozialarbeiter*innen, die in Jugendämtern und bei freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe arbeiten, verantwortlich“ (ebd., S. 127) zu machen sind. Ebenso wenig würden „etablierte Unterstützungsangebote wie Hilfen zur Erziehung“ (ebd., S. 127) greifen. Stattdessen wäre „der Staat“ aufgefordert, „selbst die Verantwortung [zu] übernehmen“, er könne in diesem Fall „das Wächteramt also nicht an die Jugendhilfe delegieren“ (ebd., S. 128).

Die Überlegungen von Schramkowski haben den Charme, dass sie die (gesundheitlichen) Auswirkungen des Klimawandels und weiterer ökosozialer Problemlagen für Kinder und Jugendliche zuspitzen. Mit der Rede von einer Form von Kindeswohlgefährdung liefert sie zugleich eine Anbindung an einen zentralen Sachverhalt in der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Ihre Schlussfolgerung, dass „der Staat“ bei „ökologischer Gewalt“ selbst die „Verantwortung für das Wächteramt“ trage, liegt zudem auf einer Linie mit Positionen, die angesichts des Klimawandels eine stärkere gesellschaftspolitische Haltung Sozialer Arbeit einfordern (Liedholz 2021a, S. 83f.).

An dieser Stelle sollen lediglich drei kurze Anmerkungen zu Schramkowskis Überlegungen gemacht werden, die das bisher Gesagte vielleicht ergänzen können. Erstens kann die Frage gestellt werden, ob die von Schramkowski konstatierte hochgradige Zerstörung von Ökosystemen, die dadurch „gesunde Bedingungen für die Entwicklung von Kindern“ nicht mehr hergeben, so tatsächlich vorzufinden ist. Mit Blick etwa auf den Klimawandel in Deutschland lassen sich dafür (bislang) kaum hinreichende Belege zusammentragen. Sicher kann z. B. die erhöhte Bildung von bodennahem Ozon die Luftqualität in den Sommermonaten verschlechtern, teils sehr stark wie im Hitzesommer des Jahres 2003. Dennoch scheint „saubere Luft“ als „überlebenswichtige Ressource“, um im Wortlaut von Schramkowski zu bleiben, in Deutschland für Kinder weitestgehend gegeben zu sein. Zweitens sollte nicht vergessen werden, dass sich „gesunde Bedingungen für die Entwicklung von Kindern“ gestalten lassen. Durch eine konsequente Klimaanpassung z. B. könnten in vielen Fällen „erhebliche Schädigungen für junge Menschen“ durch den Klimawandel verhindert werden. So müsste Schramkowski anerkennen, dass Eltern den klimatischen Veränderungen als eine Form „ökologischer Gewalt“ nicht einfach ausgeliefert sind. Mit den entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen kann eine Hitzewelle, zumindest in den bisherigen Ausmaßen, von Eltern ohne physische oder psychische Schäden für das Kind bewältigt werden. Erleidet ein Kind während einer Hitzewelle einen Hitzschlag und muss gar in einem Krankenhaus behandelt werden, dann kann der Klimawandel als ein Einflussfaktor angesehen werden, gleichzeitig stellt sich aber die Frage, welche Vorsichtsmaßnahmen die Eltern zum Schutz ihres Kindes nicht ergriffen haben. Parallel ist zu bedenken, dass staatliche Anpassungsprogramme wie Frühwarnsysteme oder nationale Hitzeaktionspläne (Liedholz 2022b, S. 363f.) solche individuellen Vorsichtsmaßnahmen begünstigen können. Wenn von

„erheblichen Schädigungen für junge Menschen“ in Deutschland durch „ökologische Gewalt“ gegenwärtig nicht ausgegangen werden kann, dann könnte, drittens, zumindest andiskutiert werden, ob die Zielrichtung von Schramkowskis Überlegungen nicht neu zu justieren wäre. Hier sei der Gedanke ins Spiel gebracht, dass es vielleicht argumentativ sinnvoller wäre, „ökologische Gewalt“ nicht als Gefährdungsdimension des Kindeswohls zu konzipieren, sondern eher als Gefährdungsdimension der Kinderrechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention (AGJ 2020). Denn die UN-Kinderrechtskonvention zielt in Artikel 24 „auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit“ (unicef o. J., S. 29) eines jeden Kindes. Sie geht damit über den Rechtsbegriff des Kindeswohls hinaus, der einen „Mindeststandard“ setzt, der nicht auf „eine ‚gute‘ oder ‚die beste‘ Kindheit“ aus ist, sondern eine Demarkationslinie bildet „zwischen ‚gut genug‘ einerseits“ und einem „nicht mehr hinnehmbare[n] elterliche[n] Verhalten andererseits“ (Scheiwe 2018, S. 86). Mit der Orientierung an einem „Höchstmaß an Gesundheit“ könnten die oben aufgeführten unmittelbaren und mittelbaren Betroffenheiten von Kindern und Jugendlichen in Deutschland durch den Klimawandel Beachtung finden, selbst wenn sie derzeit nicht durchgängig „erhebliche Schädigungen für junge Menschen“ bedeuten.

3 Klima(un)gerechtigkeit und junge Menschen: Verantwortlichkeiten für den Klimawandel und klimapolitische Entscheidungsmacht

„What do we want? Climate justice! When do we want it? Now!“ – dieser Ruf gehört zum Standardrepertoire der Fridays-for-Future-Bewegung in Deutschland, die besonders in ihrer Anfangszeit „im Wesentlichen von jungen Menschen getragen“ (Sommer u. a. 2020, S. 27) wurde. Dass die Kinder und Jugendlichen bei diesem Ruf auf das Konzept von Klimagerechtigkeit rekurrieren und nicht etwa lautstark „Klimaschutz“ oder „Klimaneutralität“ fordern, scheint kein Zufall zu sein. Denn anders als Konzepte von Klimaschutz und Klimaneutralität rückt Klimagerechtigkeit „soziale und kulturelle Fragen“ zum Klimawandel „in den Vordergrund“ (Liedholz 2021b, S. 25). Wenn von Klimagerechtigkeit die Rede ist, dann werden die „unterschiedlichen Verantwortlichkeiten, Betroffenheiten und Partizipationsmöglichkeiten im Klimakontext“ (ebd.) zum Thema.

Die möglichen Betroffenheiten von Kindern und Jugendlichen in Deutschland durch den Klimawandel wurden bereits dargestellt. Mit dem Ansatz von Klimagerechtigkeit ließe sich ergänzend ein Augenmerk darauf richten, dass Familien hierzulande über sehr unterschiedliche sozioökonomische Ressourcen verfügen, um ihre Kinder vor Klimawandelfolgen zu schützen. Dies beginnt bereits bei dem Grad der Informiertheit über extreme Klima- und Wetterereignisse und bei dem Wissen über entsprechende gesundheitsförderliche Verhaltensweisen. Darüber hinaus spielen ökonomische Faktoren eine Rolle. Kinder einer armutsbetroffenen Familie, die in einem stark verdichteten Wohngebiet in einer schlecht gedämmten Wohnung mit mehreren Familienmitgliedern auf engem Raum leben, befinden sich während einer Hitzewelle tendenziell in einer prekäreren Situation als Kinder, die mit ihrer wohlhabenden Familie in einem Einfamilienhaus am grünen Stadtrand wohnen und die Möglichkeit haben, die Wärmebelastungen einer Hitzewelle durch ein Bad im Swimmingpool oder einen Kurzurlaub zu reduzieren. Was damit anklingt, ist eine intersektionale Perspektive, die dazu auffordert, bei den Betroffenheiten durch den Klimawandel auf Verschränkungen bei den Benachteiligungen zu achten. So sollten verstärkt „jene jungen Menschen“ in das Blickfeld geraten, „die zu mehreren Risikogruppen gehören“ (Niessen/Peter 2022, S. 134).

Im Rahmen von Klimagerechtigkeit sind ferner die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten für den Klimawandel bedeutsam. In einem nationalstaatlichen Vergleich zählt Deutschland zu jenen Ländern, die historisch besonders viele Treibhausgasemissionen verursacht haben (Matthews u. a. 2014, S. 7). Bis heute bewegt sich „[d]er durchschnittliche Ausstoß einer*ines Deutschen“ mit einem Wert von „11,2 Tonnen CO₂-Äquivalenten“ pro Jahr „mehr als 60 % über dem Weltdurchschnitt“ (UBA 2021a). Von einem klimagerechten „Pro-Kopf-Ausstoß“ von weniger als einer „1 Tonne CO₂e“ (ebd.) ist Deutschland weit entfernt. Diese Ungleichheiten

setzen sich auf der nationalen Ebene fort. So tragen Menschen in Deutschland – vor allem je nach Einkommen – unterschiedlich zum Klimawandel bei. Die etwas mehr als elf Tonnen an Emissionen pro Jahr sind eben nur ein Durchschnittswert. Oehlmann u. a. (2021, S. 79) kommen zu dem Ergebnis, dass „Haushalte mit einem Netto-Haushaltseinkommen von mehr als 4.000 EUR im Vergleich zur Einkommensklasse von unter 1.000 EUR im Durchschnitt rund 7.400 kg CO₂-Äquivalente mehr Treibhausgase“ emittieren. Bei Haushalten, deren Einkommen deutlich über diesen Werten liegt, ist teils von extrem viel höheren Treibhausgasemissionen auszugehen, bis hin zu tausenden Tonnen an CO₂-Äquivalenten bei Multimilliardär:innen (Oxfam 2022, S. 11). Aus diesen Unterschieden bei der Verantwortung für den Klimawandel lassen sich im Hinblick auf Kinder und Jugendliche in Deutschland verschiedene Klima(un)gerechtigkeitsaspekte ableiten. Erstens sind Kinder und Jugendliche, deren Familien über vergleichsweise wenig Einkommen verfügen, gar armutsbetroffen sind, nicht nur tendenziell verletzlicher gegenüber den Folgen des Klimawandels, sie tragen zum Klimawandel und seiner Verschärfung gleichzeitig weniger bei. Zugespitzt kann man sagen: Diejenigen, die den Klimawandel am wenigsten zu verantworten haben, leiden als erste und am stärksten unter seinen Auswirkungen – national wie global. Zweitens könnte man aus einer verallgemeinernden Generationenperspektive die Ansicht gewinnen, dass Kinder und Jugendliche aufgrund ihres jungen Lebensalters kaum für den Klimawandel verantwortlich sind. Sie sehen sich mit einem Nachhaltigkeitsproblem konfrontiert, das nicht sie, sondern das vorangegangene Generationen mit ihrer Beteiligung an einem klimaschädlichen gesellschaftlichen Wachstumspfad (wissentlich) verursacht haben. Wenn gleich es das Schicksal jeder nachkommenden Generation ist, mit der vorgefundenen Welt umzugehen, wirft der Klimawandel als ein sich verschärfendes, langanhaltendes, potenziell abrupt verlaufendes globales Problem doch in besonderer Weise Fragen von Generationengerechtigkeit auf (Liedholz 2021a, S. 77ff.). Bei dieser verallgemeinernden Generationenperspektive sollte aber, drittens, nicht vergessen werden, dass Kinder und Jugendliche in Deutschland in unterschiedlichen „Emissionsumgebungen“ aufwachsen. Ein Kind einer wohlhabenden Familie wird in Abhängigkeit der familiären Strukturen bereits selbst auf einen hohen jährlichen CO₂-Fußabdruck kommen.

Neben den Betroffenheiten und Verantwortlichkeiten beschäftigt sich der Ansatz von Klimagerechtigkeit mit den Partizipationsmöglichkeiten bei der Bewältigung des Klimawandels und bei Klimaanpassungsmaßnahmen. Zu den Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in Deutschland zur Bewältigung des Klimawandels ist zunächst festzuhalten, dass sie formal über wenig politische Einflusschancen verfügen. Aufgrund des festgelegten Wahlalters können sie bislang nicht über die Zusammensetzung der politischen Entscheidungsträger:innen mitentscheiden. Sie haben damit auch nicht die Möglichkeit, auf unzureichende Klimagesetze wie das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung im Dezember 2019, das „unverhältnismäßige[.] Belastungen der künftigen Freiheit“ (Bundesverfassungsgericht 2021) bewusst in Kauf nimmt, mit einem anderen Wahlverhalten zu reagieren. Zudem zählen die gesellschaftspolitischen Interessensvertretungen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland wie z. B. die Jugendverbände aktuell nicht zu den einflussreichsten Lobby-Akteur:innen. Ein prominentes Beispiel dafür, wie Perspektiven von Kindern und Jugendlichen zum Klimawandel (in der Sphäre der Politik) abgewertet werden, lieferte Christian Lindner von der FDP. Auf die Frage, wie

er die Fridays-for-Future-Proteste sehe, antwortete er: „Ich bin für Realitätssinn. Von Kindern und Jugendlichen kann man nicht erwarten, dass sie bereits alle globalen Zusammenhänge, das technisch Sinnvolle und das ökonomisch Machbare sehen. Das ist eine Sache für Profis“ (FDP 2019). Damit sprach er Kindern und Jugendlichen in Deutschland nicht nur die Fähigkeit ab, die Zusammenhänge des Klimawandels richtig verstehen zu können, er diskreditierte sie ebenso als klimapolitische Akteur:innen, die das Feld besser den erwachsenen „Profis“ überlassen sollten. Als Orte der politischen Selbstorganisation von jungen Menschen sind dagegen verschiedene Klimabewegungen in Deutschland zu nennen, von denen Fridays-for-Future, die Letzte Generation, Extinction Rebellion und Ende Gelände zu den bekanntesten zählen. Durch die Klimagerechtigkeitsbrille betrachtet lassen sich hier vielfältige Formen von Partizipation junger Menschen erkennen (Brebeck/Liedholz 2022, S. 173f.).

4 Klimawandelbezogene Handlungsspielräume Sozialer Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe

Nachdem der Klimawandel in der Sozialen Arbeit in den vergangenen Jahrzehnten kaum thematisiert wurde, erfährt er seit Kurzem eine zunehmende Beachtung. Von Seiten der Sozialarbeitswissenschaft gibt es erste Verständigungen zu den Verbindungen von Sozialer Arbeit und Klimawandel (Liedholz 2021a; Schmidt 2021; Pfaff u. a. 2022). In der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit hat sich eine Fachgruppe zu dem Schwerpunkt „Klimagerechtigkeit und sozialökologische Transformation in der Sozialen Arbeit“ (DGSA o. J.) gebildet. Und auch in den Wohlfahrtsverbänden ist der Klimawandel mittlerweile auf der Agenda.

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, welche Rolle der Klimawandel in sozialpädagogischen Arbeitsbeziehungen mit jungen Menschen spielen kann. Dabei lohnt sich ein spezifischer Blick auf die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, die neben der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, den Kindertagesstätten beispielsweise auch die ambulanten und teilstationären Hilfen zur Erziehung sowie die Heimerziehung umfasst. In der Kinder- und Jugendhilfe ist die Soziale Arbeit am ehesten mit den Auswirkungen des Klimawandels auf das Leben junger Menschen konfrontiert. Ebenso ist sie hier am ehesten in der Position, junge Menschen hinsichtlich des Klimawandels zu begleiten und zu unterstützen.

Um darzulegen, wie der Klimawandel in sozialpädagogischen Arbeitsbeziehungen der Kinder- und Jugendhilfe aufgegriffen werden kann, werden verschiedene Einblicke in den bestehenden Diskurs der Sozialen Arbeit vorgenommen. Zuerst werden theoretische Überlegungen präsentiert, die Optionen aufzeigen, wie eine Auseinandersetzung mit dem Klimawandel für junge Menschen gelingen kann (Böhnisch 2020; Schubert 2021; Brebeck/Liedholz 2022; Niessen/Peter 2022; Schramkowski 2022). Im Anschluss wird eine erste qualitative Forschungsarbeit vorgestellt, die sich mit den „Erwartungen an Sozialarbeiter:innen zum Klimawandel in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ (Liedholz 2022a) befasst und Erkenntnisse aus diesem Teilgebiet der Kinder- und Jugendhilfe liefert. Es folgt eine Betrachtung des langjährigen Praxisprojektes „Jugendsozialarbeit – mit Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Zukunft“, das sich insbesondere an „junge Menschen in schwierigen Lebenslagen“ (Schleinkofer 2023, S. 199) richtet.

Niessen und Peter (2022, S. 141) sehen im Rahmen „der Sozialen Arbeit und Bildungsarbeit [...] zwei mögliche Stränge“, um „junge Menschen bei der Bewältigung der kognitiven und/oder aktiven Auseinandersetzung mit der Klimakrise“ zu helfen. Diese beiden Stränge bezeichnen sie als „Stärkung der adaptiven Reaktion“ und „Stärkung der transformationalen Reaktion“ (ebd., S. 141). Beim ersten Ansatz empfehlen sie Fachkräften, „im Rahmen von Gesprächen oder Gruppenformaten“ Angebote zu schaffen, die auf „eine Benennung und Beschreibung der möglichen emotionalen Reaktionen“ (ebd., S. 141) gegenüber dem Klimawandel zielen. Für

Kinder und Jugendliche sei es „wichtig zu erfahren, dass ihre Emotionen berechtigt sind und dass es einen Platz für sie gibt, an dem sie erlebt, ausgesprochen, ernst genommen und bewältigt werden können“ (ebd., S. 144). Der Schwerpunkt liege hierbei auf einer „Emotionsregulation“, um junge Menschen darin zu unterstützen, „psychisch gesund zu bleiben“ (ebd., S. 141). Der zweite Ansatz konzentriert sich auf die „Teilhabe an Veränderungsprozessen“ (ebd.) hinsichtlich einer klimagerechteren Lebenswelt. Fachkräfte sollten mit Kindern und Jugendlichen „reale und wirksame Handlungsoptionen“ erarbeiten, „deren Anwendung sie sich auch zutrauen“ (ebd.). Durch gemeinsame „transformationsorientierte Projekte“ (ebd.) könnten Kinder und Jugendliche „die Wirksamkeit des eigenen Handelns“ (ebd.) erfahren und die Möglichkeiten wie Begrenzungen besser verstehen lernen. Im Idealfall würde eine Kinder- und Jugendeinrichtung so zu „einer Art Mikrolabor“ (ebd.) für eine Nachhaltige Entwicklung.

Schramkowski (2022, S. 129) spricht sich ebenfalls dafür aus, dass Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe zum Klimawandel „Räume [...] für Engagement schaffen“ sollten, „um Gefühle von Handlungsmächtigkeit zu stärken“. Dabei sei es sinnvoll, vor allem die „Transformationswünsche“ der Kinder und Jugendlichen „zum Thema zu machen“ (ebd., S. 129). Eine weitere sozialpädagogische Aufgabe sieht Schramkowski darin, „diejenigen, die wenig Wissen zu den benannten Krisen, ihren Ursachen und Auswirkungen haben, bei der Aneignung zu unterstützen“ (ebd., S. 129). Um eine solche Wissensvermittlung leisten zu können, wäre es unabdingbar, „dass sich Fachkräfte des Ausmaßes der ökologischen Krisen“ (ebd., S. 129) selbst vergewissern. In der Folge sollten die Fachkräfte in ihrem Berufsalltag nicht nur „auf soziale Lebensbedingungen“ schauen, sondern gleichermaßen den „ökologischen Zustand“ (ebd., S. 129) der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen mitdenken. Dies könnte etwa die potenziellen Gefahren extremer Klima- und Wetterereignisse sowie die Auswirkungen sukzessiver Klimaänderungen beinhalten (Kapitel 2). Die Gestaltung einer „transformationalen Reaktion“ im Sinne von Niessen und Peter spitzt Schramkowski zu, indem sie der Kinder- und Jugendhilfe aufträgt, „jungen Menschen anwaltschaftlich bei der Einforderung ihres Rechtes auf den Schutz ökologischer Lebensgrundlagen und der Förderung sozialökologischer Transformationen zur Seite zu stehen“ (ebd., S. 130). Fachkräfte sollten Kinder und Jugendliche darin bestärken, „sich politisch zu engagieren“ und an „Demonstrationen und anderen Aktionen“ (ebd.) zum Klimawandel teilzunehmen.

Die Fridays-for-Future-Demonstrationen dienen Böhnisch (2020, o. S.) als ein Beispiel für die „politische Potenzialität der Jugend“. Diese „Potenzialität sei wesentlich darauf zurückzuführen, dass Jugendliche im Gegensatz zu Erwachsenen „noch keine festen gesellschaftlichen Interessenbindungen“ (ebd.) aufweisen. In diesem „Noch-Nicht-Gewöhnt-Sein an den gesellschaftlichen Status quo ist die lebensaltertypische Bereitschaft Jugendlicher angelegt, mit allem zu sympathisieren, was im sozialen Sinne dynamisch und/oder unetabliert erscheint“ (ebd.). „Nachhaltigkeits-sensible Jugendarbeit“ (ebd.) hätte nach Böhnisch unter anderem die Aufgabe, solche situativen (Selbst-)Politisierungen zu begleiten und zu fördern. Eine Möglichkeit wäre, dahingehend „Jugendöffentlichkeiten“ (ebd.) zum Klimawandel und zu Nachhaltigkeit zu schaffen. Dabei müssten „die Jugendlichen“ stets „als Bürger*innen wahrgenommen und anerkannt werden“ (ebd.) – und somit gleichberechtigt zu

den erwachsenen „Profis“. Weiter sieht Böhnisch eine „[n]achhaltigkeitssensible Jugendarbeit“ in erster Linie als „eine sozialräumlich ausgerichtete Jugendarbeit“, denn „Jugendliche lernen [...] sozialräumlich; entsprechend können sie auch Neugier und Interesse entwickeln, wie ihre räumliche Umwelt erhalten werden kann“ (ebd.). Für die Jugendarbeit gelte es in diesen Prozessen zu beachten, dass „Jugendliche“ über „unterschiedliche Zugangschancen zu Nachhaltigkeit“ (ebd.) verfügen.

Schubert (2021) lotet die Potenziale einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung für die Offene Kinder- und Jugendarbeit aus. Das Konzept einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung „will Menschen darin unterstützen und solche Kompetenzen fördern, sodass sie das eigene Leben, die Gesellschaft und die Zukunft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung mitgestalten können“ (ebd., S. 816). Die „Rolle der pädagogischen Fachkräfte“ (ebd., S. 820) in diesem Bildungsgeschehen betont Schubert auf verschiedene Weisen. Die Fachkräfte hätten zunächst eine „Vorbildfunktion“ (ebd., S. 819) und müssten im Nachhaltigkeitskontext als „authentisch handelnde Erwachsene“ (ebd., S. 821) agieren. Ebenso wichtig sei die Ausgestaltung der Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Denn die Nutzer:innen „können [...] in ihrer Kinder- und Jugendeinrichtung erleben, woher ihr Essen kommt und welche Kriterien bei der Beschaffung eine Rolle spielen (Gesundheitsbewusstsein, Preis, Saison, Vorlieben der Kinder, Vielfalt, regionale/ökologische Produkte, ...), sie können erleben, wie mit Materialien, Technik oder Möbeln umgegangen wird (Reparatur, Tauschen, ...)“ (ebd., S. 821). Zentral sei im Sinne einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung, dass „Bildungs- und Lernprozesse [...] partizipativ gestaltet werden“ (ebd., S. 819). Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sollten „forschendes und entdeckendes Lernen sowie Selbstorganisation“ (ebd.) fördern.

Die Beiträge von Böhnisch und Schubert werden von Brebeck und Liedholz (2022) diskutiert. Dabei liefern sie weniger eine zusammenfassende Darstellung als ein Weiterdenken in „zwei Richtungen“ (ebd., S. 167). Wesentlich geht es ihnen darum, „das Verständnis einer Bildung für nachhaltige Entwicklung für die Jugendarbeit“ zu schärfen. Zudem möchten sie „Partizipation, Parteilichkeit und Gender als Elemente einer sozialarbeitsprofessionellen Haltung“ (ebd., S. 167) hervorheben. Für eine Bildung für Nachhaltige Entwicklung in der Jugendarbeit fordern sie einerseits eine intensivere Bezugnahme zur Position, starker „Nachhaltigkeit“, die die ökologische Nachhaltigkeitsdimension im Sinne nachfolgender Generationen akzentuiert (ebd., S. 169). Die Position starker Nachhaltigkeit würde dafür eintreten, „eine gewisse Gesamtmenge und Qualität an natürlichen Beständen für nachkommende Generationen sicher [zu] erhalten“ (ebd., S. 169). Andererseits betonen Brebeck und Liedholz die Notwendigkeit, Partizipation und Parteilichkeit im Rahmen einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung in der Jugendarbeit stärker zusammenzudenken. Sie gehen dabei insofern über Böhnisch und Schubert hinaus, als dass sie die Jugendarbeit dazu auffordern, die „Klimaproteste als partizipativ gestaltete nachhaltige Lernumgebungen [zu] begreifen“ (ebd., S. 174). Der Genderdiskurs bietet ihnen eine zusätzliche Reflexionsfolie. So wäre z. B. in der Jugendarbeit zu fragen: „Welche Sozialisierungseffekte haben zur Folge, dass sich weibliche Jugendliche tendenziell stärker für die Umwelt einsetzen?“ (ebd., S. 175).

Neben diesen theoretischen Überlegungen bietet der Klimadiskurs der Sozialen Arbeit eine erste Forschungsarbeit im Feld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit an. Liedholz (2022a) beschäftigt sich qualitativ mit der Frage, welche Erwartungen Jugendliche, die sich zum Klimawandel engagieren und Nutzer:innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind, an Fachkräfte Sozialer Arbeit haben (ebd., S. 3). Seine Forschungsfrage formuliert er unter anderem vor dem Hintergrund, dass „[d]ie Stimmen der Adressat:innen‘ der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zum Klimawandel [...] bisher nur stellvertretend gehört“ (ebd., S. 22) würden. Wenig sei darüber bekannt, wie „sie den Klimawandel als eines ihrer Lebensthemen“ erfahren und wie „sie den Klimawandel in die koproduzierten ‚Arbeitsbeziehungen‘ mit den Sozialarbeiter:innen“ (ebd., S. 22) einflechten. Liedholz interviewt vier Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren aus zwei Jugendclubs (ebd., S. 33) und wertet die Interviews nach der Grounded Theory aus (ebd., S. 29f.). Er kommt unter anderem zu dem Ergebnis, dass sich die interviewten Jugendlichen in ihren Jugendclubs mehr Wissensvermittlung zum Klimawandel wünschen (ebd., S. 46f.) und eine klimafreundliche (Um-)Gestaltung ihres Jugendclubs als wichtig erachten (ebd., S. 47), was vielfältige Bezüge zu den theoretischen Überlegungen innerhalb der Sozialen Arbeit (siehe oben) möglich macht (ebd., S. 51ff.). Der Kernbefund der Forschungsarbeit kreist aber um den Aspekt, wie die Jugendlichen ihre Erwartungen an die Sozialarbeiter:innen zum Klimawandel richten. Hierzu arbeitet Liedholz heraus, dass die interviewten Jugendlichen „ihre Erwartungen an die Sozialarbeiter:innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit eher implizit als explizit äußern“ (ebd., S. 61). Mit impliziten Erwartungsäußerungen ist gemeint, „dass klimawandelbezogene Erwartungen und Ideen in den offenen und gestaltbaren Raum des Jugendclubs gestellt werden, ohne direkte, namentliche Verantwortlichkeiten oder Aufträge zu verteilen. Die Sozialarbeiter:innen werden dabei insofern mitadressiert, als dass sie als wichtige Bezugspersonen für die weitere (gemeinsame) Bearbeitung dieser Ideen angesehen werden“ (ebd., S. 61). Liedholz ordnet diesen „Hauptbefund“ der impliziten Erwartungsäußerungen“ derart ein, dass dieser zu dem, „was in der Adressat:innenforschung zu den allgemeinen Erwartungen der Nutzer:innen an die Sozialarbeiter:innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit an Wissen vorliegt“ (ebd., S. 48), gut zu passen scheint. Demnach würden Sozialarbeiter:innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit von den Nutzer:innen „kaum als fachlich handelnde Professionelle (re)konstruiert, selbst wenn sie viel mit ihnen interagieren“ (ebd., S. 48f.). In diesem Sinne würden gleichfalls die interviewten Jugendlichen mit ihren klimawandelbezogenen Ideen „die Sozialarbeiter:innen nicht als ‚Impulsgeber:innen‘ oder ‚Programmgestalter:innen‘“ ansprechen, sondern „als Begleiter:innen, Unterstützer:innen oder auch Moderator:innen“ (ebd., S. 49) ihrer eigenen Ideen und Handlungsvorstellungen. Liedholz erkennt darin eine Chance etwa für eine auf Partizipation zielende Bildung für nachhaltige Entwicklung (ebd., S. 51). Den interviewten Jugendlichen käme es „mit ihren impliziten Erwartungsäußerungen nicht in den Sinn, die Klimawandelthematik an die Sozialarbeiter:innen zu delegieren bzw. an sie ‚abzugeben‘. Bei der Umsetzung klimawandelbezogener Ideen sehen sie sich vor allem selbst in der Verantwortung, da sie in ihrem Jugendclub ohnehin ‚aktiv‘ und ‚mitgestaltend‘ tätig sind“ (ebd., S. 51).

Ergänzend zu den theoretischen und empirischen Arbeiten lohnt sich ein Blick auf bestehende Praxisprojekte der Kinder- und Jugendhilfe, um zu verstehen, welche Rolle der Klimawandel in sozialpädagogischen Arbeitsbeziehungen spielen kann. In

den letzten Jahren sind hier verschiedene Projektinitiativen zu vernehmen (BJR 2015; Vinage 2020; Jugendbildungsstätten Bayern o. J.). Eine Initiative, die „seit 2011“ besteht, ist das bayerische Programm „Jugendsozialarbeit – mit Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Zukunft“ (Schleinkofer 2023, S. 199). In diesem kooperieren Jugendsozialarbeiter:innen „mit Einrichtungen oder qualifizierten Akteur_innen der Umweltbildung/BNE aus der Region“ (ebd., S. 199). Gerahmt wird „das Förderprogramm“ von „drei zentralen Grundsätzen: Partizipation, Handlungsorientierung und Lebensweltbezug“ (ebd., S. 202). Hinsichtlich der Handlungsorientierung hebt Schleinkofer hervor, dass die teilnehmenden Jugendlichen die Angebote „subjektiv oftmals als authentisch“ wahrnehmen, „ihr Handeln ergibt Sinn und sie können sich selbstwirksam und den eigenen Fähigkeiten entsprechend einbringen“ (ebd., S. 203). Ein Beispielprojekt stellt die „GartenWerkstatt“ dar, eine Zusammenarbeit des „Kreisjugendrings Lindau“ und „dem Erlebnisbauernhof Die Topinambur Manufaktur“ (ebd., S. 205). In diesem Projekt kamen „die jugendlichen Teilnehmenden einmal wöchentlich im Mitmachgarten“ zusammen und kümmerten sich um dessen Pflege sowie „die Ernte und Verarbeitung der Lebensmittel“ (ebd., S. 205). Diese gärtnerischen Aktivitäten dienten einem sozialen Zweck: „Das erwirtschaftete Gemüse wurde zu einem gesunden Pausenbrot verarbeitet, das an einer Mittelschule im Pausenverkauf kostenfrei angeboten wurde“ (ebd., S. 205). Ein anderes Projekt hatte zum Ziel, mit Schüler:innen „eine mobile, solarbetriebene Ladestation zum Aufladen von Smartphones [zu] entwickeln und zum Einsatz [zu] bringen“ (ebd., S. 207). Schleinkofer sieht mit solchen praktischen und lebensweltnahen Projekten die „Chance“ gegeben, „diejenigen zu mobilisieren, die sonst zu selten – insbesondere von herkömmlichen, formalen Bildungssettings – erreicht werden und ihren gesellschaftlichen Gestaltungsraum wenig nutzen (können)“ (ebd., S. 201).

5 (Selbst-)Verständnis Sozialer Arbeit im Kontext des Klimawandels

Die Ausführungen zu den klimawandelbezogenen Handlungsspielräumen Sozialer Arbeit dürften bereits zwischen den Zeilen offenbart haben, dass mit der Hinwendung zum Klimawandel auch die Frage verhandelt wird, wie sich die Soziale Arbeit in Deutschland im 21. Jahrhundert selbst verstehen sollte. Was für einem Professionsverständnis müsste sie folgen, damit ihre Verbände, Träger, Einrichtungen, Fachkräfte und Adressat:innen dem Klimawandel proaktiv begegnen und zu seiner Bewältigung beitragen können? In Weiterführung von Liedholz (2021a, S. 11ff.) seien hier drei mögliche Kernelemente eines entsprechenden Professionsverständnisses dargestellt:

Erstens müsste sich die Soziale Arbeit zunehmend als „eine sozialökologische Soziale Arbeit“ (Spatscheck 2022, S. 46) verstehen. Sie müsste „ihren Auftrag, ihre inhaltlichen Zielsetzungen und ihre Handlungsprinzipien weiterdenken und sich konzeptionell neu positionieren“ (ebd., S. 45). Dies würde grundlegend bedeuten, dass sie den Anspruch erhebt, soziale und ökologische Themen gemeinsam zu analysieren, zu bearbeiten und zu gestalten. Hinsichtlich sozialer und sozialpolitischer Aspekte würde sie stets die Frage stellen, inwiefern damit auch ökologische Entwicklungen tangiert sind und wie im Bestfall Win-Win-Situationen – z. B. über eine „Klimasozialpolitik“ (Bohnenberger 2022) – geschaffen werden können. Umgekehrt würden ökologische Aspekte in den Zuständigkeitsbereich der Sozialen Arbeit fallen, wenn sie reflektiert, inwiefern diese mit unterschiedlichen sozialen Verantwortlichkeiten sowie Schutz- und Bewältigungsmöglichkeiten einhergehen. Schramkowskis Forderung an die Fachkräfte Sozialer Arbeit, nicht nur „auf soziale Lebensbedingungen“ zu schauen, sondern gleichermaßen den „ökologischen Zustand“ (ebd., S. 129) der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen mitzudenken, steht beispielhaft dafür.

Zweitens müsste sich die Soziale Arbeit in Deutschland als eine politische Soziale Arbeit begreifen. Dieser Selbstanspruch ist keineswegs neu. Mit der Übernahme der internationalen Definition verpflichtet sich die Soziale Arbeit in Deutschland etwa dazu, sich für die „Förderung des sozialen Wandels, der sozialen Entwicklung und des sozialen Zusammenlebens“ (DBSH 2014, S. 29) einzusetzen. Im Kontext des Klimawandels würde dies bedeuten, dass die Soziale Arbeit „die Beförderung und aktive Mitgestaltung einer sozialökologischen Transformation“ als eine ihrer „Aufgaben“ (Klus/Schramkowski 2023, S. 5) integriert. Mögliche Formen einer solchen gesellschaftspolitischen Einmischung wären die von Böhnisch (2020, o. S.), angedachten „Jugendöffentlichkeiten“, die von Brebeck und Liedholz (2022, S. 141) geforderten Brückenschläge zu den Klimaprotesten junger Menschen und die „transformationsorientierte[n] Projekte“ im Sinne von Niessen und Peter. Wesentlich größer denken Rathgeb und Rau (2023, S. 23) eine klimapolitische Agenda der Sozialen Arbeit an, indem sie propagieren: „Eine emanzipative sozialökologische Soziale Arbeit ist ohne Kapitalismuskritik nicht zu haben“. In ähnlicher Weise denkt Spatscheck (2022, S. 42). laut in Richtung „einer Postwachstumsgesellschaft“.

Drittens müsste die Soziale Arbeit in Deutschland, wie Lutz (2022, S. 383) schreibt, über das „Tripelmandat“ eine gewisse „professionelle Eigenständigkeit“ ausleben. Das hieße, dass sich die Soziale Arbeit als eine sich teils selbst beauftragende Profession begreifen würde. Staub-Bernasconi (2019, S. 94), die das Tripelmandat mit Nachdruck in die Soziale Arbeit eingebracht hat, schreibt dazu, dass das „neue“ dritte Mandat es den Sozialarbeiter:innen ermöglichen würde, „sich selber beauftragen [zu] können, ein Soziales Problem zu thematisieren und zusammen mit den davon Betroffenen und weiteren Akteuren anzugehen, für das sie vergeblich auf einen Auftrag politischer-, staatlicherseits, von privaten oder religiös-konfessionellen Einrichtungen warten würden“. Auf den Klimawandel gemünzt, könnte das bedeuten, dass Sozialarbeiter:innen über das dritte Mandat Klimaungerechtigkeiten als soziale Probleme zum Thema machen und zusammen mit den davon Betroffenen, unter anderem Kindern und Jugendlichen, sowie weiteren Akteur:innen, z. B. Klimabewegungen oder Umweltschutzverbänden, in Angriff nehmen, selbst wenn sie dazu qua Arbeitsanstellung keinen direkten Auftrag haben.

Mit einem solchen Professionsverständnis einer „sozialökologischen Sozialen Arbeit“, die sich gesellschaftspolitisch einmischt und sich auf der Grundlage ihrer Wissenschaft und Ethik teils selbst beauftragt, scheint es zumindest nicht abwegig, dass sich die Soziale Arbeit – auch im Feld der Kinder- und Jugendhilfe – in die Lage versetzt, den Klimawandel mit seinen Ausmaßen, Komplexitäten und Konfliktpotenzialen proaktiv bearbeiten zu können. Im Umkehrschluss gedacht, dürfte es einer auf soziale Probleme eng geführten Sozialen Arbeit, die sich eher als unpolitische Dienstleisterin versteht und „Dienst nach Vorschrift“ macht, kaum gelingen, einen Zugang zur gesellschaftlichen Bewältigung des Klimawandels zu finden, geschweige denn eigene Akzente zu setzen.

Das hier skizzierte (Selbst-)Verständnis Sozialer Arbeit im Kontext des Klimawandels hätte weitreichende Auswirkungen auf die Selbst- und Fremdwahrnehmung Sozialer Arbeit. Bezüglich der Selbstwahrnehmung würde es z. B. die Ausbildungsstätten Sozialer Arbeit dazu auffordern, mit ihren Curricula den professionellen Habitus von (angehenden) Sozialarbeiter:innen stärker in Richtung einer „sozialökologischen Sozialen Arbeit“ auszuformen. Im Zuge dessen stünden, wie Spatscheck bemerkt, zudem ihre Methoden, Handlungsprinzipien und Konzepte vor einer teilweisen Erweiterung. In der Fremdwahrnehmung würde das skizzierte (Selbst-)Verständnis nahelegen, die Soziale Arbeit nicht eindimensional als „Dienstleistungs- oder Normalisierungsagentur“ sozialer Problemlagen zu adressieren. Die Gesellschaft in Deutschland, als ein Mandatgeber der Sozialen Arbeit, wäre dazu angehalten, die Soziale Arbeit als eine Profession mit einem eigenen Blick auf den Klimawandel und seine Bewältigung wahrzunehmen. Die Gesellschaft könnte insofern davon profitieren, als dass z. B. die Soziale Arbeit über „Empowermentprozesse von Adressat*innen“ einen wertvollen Beitrag zu einer demokratisch gestalteten „Großen Transformation“ leisten könnte, da „deren Bedürfnisse und Erfahrungen oft wenig im Blick [klima]politischer Entscheidungen sind“ (Klus/Schramkowski 2023, S. 5). Nicht zuletzt könnten sozio-kulturelle Transformationsansätze, die auf sozialen und kulturellen Innovationen beruhen, und damit in die Expertise Sozialer Arbeit fallen, eine wichtige Ergänzung zu den bisher primär technischen Transformationsansätzen darstellen. Insbesondere dann, wenn man zu der Einschätzung gelangt, dass es technischen Maßnahmen in den letzten Jahrzehnten nicht gelungen

ist, den Klimawandel erfolgreich zu bewältigen, und sie es wahrscheinlich auch in Zukunft nicht allein werden richten können.

6 Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände zum Klimaschutz und die Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe

Auch in den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden ist die Bewältigung der Klimakrise als zentrale Aufgabe angekommen. Die Verbände machen in Forderungen deutlich, dass soziale und ökologische Aspekte in notwendigen Transformationsprozessen zusammenzudenken sind. Der Paritätische Gesamtverband (2019, S. 4) fordert in seinem Grundsatzpapier zur Klimapolitik eine „sozial-ökologische Wende“: „Damit Klimaschutz von allen mitgetragen werden kann, muss die ökologische Wende soziale Fragen von Anfang an mitdenken. [...] Klimapolitik braucht einen funktionierenden Sozialstaat und sie muss sozial gerecht sein. Es bräuchte daher nicht nur eine ökologische, sondern eine sozial-ökologische Wende“.

Vier Jahre später unterstreicht der Paritätische Gesamtverband (2023, S. 1) diese Position und legt dar, dass ökologische Krisen auch immer soziale Konsequenzen haben: „Diese ökologischen Krisen haben soziale Konsequenzen, sie führen unweigerlich zu sozialen Krisen: zu steigenden Preisen für Grundgüter, zum Verlust öffentlicher Räume, zum Wohnungsverlust, zu neuen Krankheiten, nicht zuletzt zu gesellschaftlichen Spannungen bis hin zu gewaltvollen Konflikten“. Die Auswirkungen davon bekommt auch die Soziale Arbeit, insbesondere die Kinder- und Jugendhilfe, zu spüren. Wirksamer Klimaschutz ist für den Paritätischen Gesamtverband auch präventive Sozialpolitik und gemeinnützige soziale Organisationen sind für den sozial-ökologischen Umbau zentral. Der Paritätische Gesamtverband und seine Mitgliedsorganisationen beschließen auf der Mitgliederversammlung im April 2023, ihren Beitrag zu einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft zu leisten und „Schritte zu mehr Umweltschutz im eigenen Handeln konsequent weiterzugehen und zu beschleunigen“ (ebd., S. 5).

Der AWO Bundesverband hat sich selbst verpflichtet, mit allen Einrichtungen und Diensten noch vor dem Jahr 2040 klimaneutral zu sein. Um dieses Ziel zu erreichen, hat der Verband in einem Maßnahmenpaket konkrete Schritte hin zur Klimaneutralität formuliert. Darunter fallen die Stromversorgung aller Gliederungen, Einrichtungen und Dienste hin zu 100 Prozent erneuerbarer Energien, die schrittweise Umstellung der Fahrzeugflotten und des Verpflegungsangebots, neue Beschaffungsregeln und die regelmäßige Erfassung des CO₂-Fußabdrucks (AWO 2022, S. 6ff.).

Auch der Deutsche Caritasverband hat sich das Ziel der Klimaneutralität gesetzt – allerdings schon bis 2030. Der Verband möchte insbesondere die Bereiche Gebäude, Beschaffungswesen, Mobilität und Finanzanlagen in den Blick nehmen (Deutscher Caritasverband 2020). Die Diakonie Deutschland hat im Oktober 2021 Nachhaltigkeitsleitlinien für die Diakonie verabschiedet und darin unter anderem festgelegt, dass sich die Diakonie an den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals) orientiert (Diakonie Deutschland 2021).

Damit die Bemühungen zum Klimaschutz alle Ebenen der Verbände erreichen, wurden Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte ins Leben gerufen. Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) hat das Projekt „Klimaanpassung in der DRK-Kindertagesbetreuung“ aufgesetzt. Darin bietet das DRK Schulungen für das pädagogische Fachpersonal, Bildungsmaterialien für Kinder sowie Kommunikationstipps für Eltern und Familien zu den Themen Klimaschutz und Klimaanpassung an. Der AWO Bundesverband begleitet in dem geförderten Projekt „klimafreundlich pflegen“ und dem Nachfolgeprojekt „klimafreundlich pflegen – überall“ stationäre Einrichtungen der Behindertenhilfe und Altenpflege dabei, Klimaschutz in der Pflege zu etablieren. Der Paritätische Gesamtverband bildet in seinem Projekt „Klimaschutz in der Sozialen Arbeit stärken“ Fachkräfte zu Multiplikator:innen für den Klimaschutz aus und unterstützt Einrichtungen dabei, ihr Wirtschaften klimaschonend auszurichten. Mit dabei sind auch Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, wie z. B. die Wohngruppe Butenkieker der Adelby 1 Kinder- und Jugenddienste in Schleswig-Holstein oder die stationäre Jugendhilfe Michaelshof Hepsisau aus Baden-Württemberg.¹

Die Sozial- und Wohlfahrtsverbände betonen die Notwendigkeit, Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz auf allen Verbandsebenen zu etablieren. Das betrifft in der Tiefe auch die Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und Jugendliche gehören, wie oben beschrieben, zu jenen vulnerablen Gruppen, die besonders von der Klimakrise betroffen sind: Kinder und Jugendliche im Allgemeinen, Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung, Erkrankung, in Armut, mit einer Migrationsgeschichte, geflüchtete Kinder und Jugendliche, Kinder und Jugendliche of Color. Sie erhalten in der Kinder- und Jugendhilfe Unterstützung unterschiedlichster Art – in Beratungs- und Begegnungsangeboten, Einrichtungen der Erziehungshilfe, Einzelfallhilfen, Kindertagesbetreuung, Jugend- und Jugendsozialarbeit und Freizeitangeboten.

Spatscheck (2022, S. 46) formuliert fünf Leitprinzipien für die Soziale Arbeit, um sich stärker sozialökologisch ausrichten zu können. Im Mittelpunkt stehen der „Schutz vulnerabler Gruppen“, „Empathie und Verbundenheit“, „Umverteilung und Zugänge zu Ressourcen“, „Postfossile Soziale Dienste“ und „Sozial eingebettete Souveränität und Lebensqualität“. Auf die letzten beiden Leitprinzipien soll an dieser Stelle genauer eingegangen werden.

Weiter oben wurde bereits die „Vorbildfunktion“ (Schubert 2021, S. 819) angesprochen, die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe haben sowie die Ausgestaltung der Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (ebd., S. 821), in denen die Kinder und Jugendlichen Nachhaltigkeit erleben und partizipativ mitgestalten

¹ Informationen zu den Projekten der Verbände können den Projektwebseiten entnommen werden: DRK <https://drk-wohlfahrt.de/unsere-themen/kinder-jugend-familienhilfe/kinderhilfe/klimaschutz-und-klimaanpassung-in-der-drk-kindertagesbetreuung/>; AWO <https://klimafreundlich-pflegen.de/>; Der Paritätische <http://klimaschutz-sozial.de> [29.08.2024]

können. Doch auf die Einrichtungen und Dienste kommt nicht nur eine Vorbildrolle zu, sondern auch die Verantwortung, den notwendigen gesellschaftlichen Wandel für mehr Nachhaltigkeit mitanzustoßen.

„Alles was soziale Einrichtungen in ihrer Arbeit tun, hat CO₂-Emissionen zur Folge“ (Yeung 2023, S. 17). Einrichtungen und Dienste der Kinder- und Jugendhilfe tragen durch ihre Größe und teils ressourcen- und energieintensiven Tätigkeitsfelder eine bedeutende Mitverantwortung für das Erreichen der Klimaziele.² Bei der Arbeit für und mit den Kindern und Jugendlichen entstehen Treibhausgasemissionen: Fahrdienste oder Fahrten zu Klient:innen, die Verpflegung in stationären Einrichtungen und Wohngruppen, Büroarbeiten in den Beratungsstellen u. v. m. Spatscheck zeigt auf, dass die „sozialökologische Soziale Arbeit [...] nun noch stärker nach der Schaffung von sozialökologisch nachhaltigen sozialen Diensten“ (Spatscheck 2022, S. 46) fragt. In den Organisationen sollen „Ziele der Klimagerechtigkeit, des nachhaltigen Ressourcenumgangs und der Kreislaufwirtschaft“ (ebd.) berücksichtigt, institutionell umgesetzt und gesellschaftlich verankert werden. Diese Ziele sind nicht nur zentral für das Erreichen der Klimaziele und dem eigenen Beitrag der Kinder- und Jugendhilfe, sondern auch für das von Spatscheck angesprochene Leitprinzip „Sozial eingebettete Souveränität und Lebensqualität“ (ebd.). Die Einrichtungen und Dienstleistungen der Kinder- und Jugendhilfe nehmen oft unmittelbar Einfluss auf den ökologischen Fußabdruck der Kinder und Jugendlichen. Spatscheck sagt, dass sich die Soziale Arbeit „an der Schaffung von guten Lebensbedingungen für und mit ihren Adressat*innen“ (ebd.) orientiert. Das Verständnis von „Wohlbefinden und subjektiver Entfaltung“ (ebd.) muss bei einer sozialökologischen Sozialen Arbeit erweitert werden, hin zu einem Verständnis einer „sozial und ökologisch eingebundenen Autonomie des Menschen und einer Souveränität der Lebensführung in komplexen Kontexten“ (ebd.). Der CO₂-Fußabdruck von Kindern und Jugendlichen in stationären Einrichtungen und Wohngruppen wird bestimmt durch die Entscheidungen der Einrichtung. Auf Fragen nach dem gewählten Stromanbieter, der Art zu heizen, der Verpflegung, dem Fahrdienst und vielem mehr haben die Kinder und Jugendlichen meist keinen Einfluss. Die Einrichtung kann dabei unterstützen, den Kindern und Jugendlichen nicht nur eine Beteiligung an diesen Prozessen zu ermöglichen, sondern ein Umfeld für sie schaffen, in dem zu einer guten Lebensqualität auch ökologische Aspekte, wie klimagesundes Essen und klimafreundliche Mobilität, gehören.

Bevor auf diese Möglichkeiten eingegangen wird, die Einrichtungen und Dienste der Kinder- und Jugendhilfe haben, sich für den Klima- und Umweltschutz gut aufzustellen, soll im Folgenden zunächst ein Blick auf die Herausforderungen geworfen werden, die erklären, warum hier teils noch zögerlich vorgegangen wird.

² Im Juni 2021 hat die Bundesregierung im Bundes-Klimaschutzgesetz die Klimaschutzvorgaben verschärft und das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 verankert.

7 Einrichtungen und Dienste der Kinder- und Jugendhilfe im Angesicht einer „multiplen Krise“

Es ist nicht die eine Krise – die Klimakrise – die die Kinder- und Jugendhilfe vor große Herausforderungen stellt. Im Angesicht einer „multiplen Krise“, in der soziale, ökologische, ökonomische und politische Krisen zeitgleich auftreten und tief miteinander verwoben sind (Brand/Wissen 2017), ist in fast allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe die Erschöpfung aller Akteur:innen deutlich spürbar.

Die Corona-Pandemie hinterlässt in der gesamten Gesellschaft, insbesondere auch in der Kinder- und Jugendhilfe, bis heute ihre Spuren. Im Lockdown setzte die Betreuung und Förderungen der kindlichen Bildung teilweise ganz aus, die Entlastung der Familien in der elterlichen Sorge fehlte und eine Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Freizeitmöglichkeiten war nicht mehr möglich. Familiäre Konflikte wurden in dieser Zeit sichtbar und nahmen in ihrer Intensität zu. Die „Systemrelevanz der Elternberufe“ (Donath 2023, S. 6) stand bei Fragen nach einer Notbetreuung im Mittelpunkt, nicht das Kindeswohl, worauf es nach dem Grundgesetz und der UN-Kinderrechtskonvention eigentlich ankommen sollte. Die Kinder- und Jugendarbeit, die mit ihren Einrichtungen, Projekten und Vereinen auf direkte Begegnungen setzt, konnte nicht mehr in vollem Umfang durchgeführt werden. Die negativen Auswirkungen auf den Schutz der Kinder und Jugendlichen, ihre Entwicklung und Bildung müssen bis heute von der Kinder- und Jugendhilfe durch gezielte Maßnahmen wieder aufgefangen werden (AGJ 2021, S. 7ff.).

Auf die Pandemie folgte, stark von dieser Krise beeinflusst, eine Wirtschaftskrise. Durch die Ausgaben zur Bekämpfung der Pandemie sind viele Städte und Gemeinden im Haushalt stark belastet. Dies hat auch Auswirkungen auf die Ausstattung von Einrichtungen und die finanzielle Unterstützung von Projekten. Verstärkt wird diese Krise durch eine weitere politische Krise, den russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Millionen Menschen sind seit Februar 2022 geflüchtet, darunter viele ukrainische Kinder und Jugendliche. Die Kinder- und Jugendhilfe ist auch hier gefragt, unterstützend und beratend tätig zu werden. Ein Teil der Kinder und Jugendlichen, die aus der Ukraine flüchten, kommt ohne Begleitung von Erwachsenen nach Deutschland.³ Sie benötigen spezielle Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen sowie eine kindgerechte Betreuung. Auch traumatisierte Kinder und Jugendliche können aufgrund von Kriegserlebnissen an psychischen Erkrankungen leiden und benötigen eine angemessene Unterstützung und Behandlung. Darüber hinaus löst der Krieg in der Ukraine auch bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland eine starke

3 Aktuelle Zahlen der geflüchteten Kinder und Jugendlichen können dem Operational Data Portal (ODP) entnommen werden: [https://data2.unhcr.org/en/situations/ukraine#_ga=2.45230765.842336223.1685281246-1238885098.1685281246; \[16.09.2024\]](https://data2.unhcr.org/en/situations/ukraine#_ga=2.45230765.842336223.1685281246-1238885098.1685281246; [16.09.2024])

Unsicherheit aus. Die Themen kriegerische Konflikte und traumatische Erfahrungen beeinflussen demnach zunehmend den pädagogischen Alltag in der Kinder- und Jugendhilfe (AGJ 2022a, S. 1).

Mit der Ukraine-Krise nehmen auch die wirtschaftlichen Belastungen weiter zu. Steigende Preise für Energie, Lebensmittel und Konsumgüter belasten private Haushalte, aber auch Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe stark. Genau lässt sich dies zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht beziffern. Aber schon jetzt ist klar: Die Kosten für Strom- und Heizenergie sowie für Lebensmittel und andere Ver- und Gebrauchsgüter werden deutlich über den Werten liegen, die bisherigen Zuwendungsentscheidungen oder Entgeltverhandlungen zugrunde gelegt wurden. Sozial- und Wohlfahrtsverbände warnen vor einer Insolvenzwelle im sozialen Sektor, die auch die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe betreffen kann (Der Paritätische Gesamtverband 2022a). Hinzu kommt, dass schon vor dieser Krise das Denken vom permanenten Wirtschaftswachstum, Konsum und Wettbewerb, im Zeitalter des Anthropozäns (Schmelz 2022), auch vor sozialen Einrichtungen keinen Halt gemacht hat. Soziale Ressourcen werden zunehmend dem Profit- und Wachstumsprinzip unterworfen: „Soziale Dienste, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, das Bildungswesen und öffentliche Dienste wurden einem Preiswettbewerb unterworfen, der nicht auf die möglichst gute Versorgung der Bevölkerung, sondern auf kurzfristige Einsparungen gerichtet war“ (Der Paritätische Gesamtverband 2022b). Inmitten dieser „multiplen Krise“ ist die Belastung bei Fachkräften und Ehrenamtlichen der Kinder- und Jugendhilfe zentral. Dies betrifft sowohl ihre Tätigkeit in den Einrichtungen, aber auch das private Leben, das von diesen Krisen nicht unberührt bleibt. Fachkräfte und Ehrenamtliche stehen vor fachlichen, finanziellen, aber auch emotionalen Herausforderungen. Aufgrund des Mangels an fachlichem Personal und notwendigen finanziellen Einsparungen in dieser Krise verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen in Einrichtungen. Gleichzeitig nimmt die Anforderung an die Kinder- und Jugendhilfe zu. In dem Zwischenruf der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ 2022b, S. 2) zur Inflation und Energiekrise wird dies gut auf den Punkt gebracht:

„Wenn die Jugend mit der ‚Zeitenwende‘ das Ende der Wohlstandsjahre sieht und wegen schwerer Belastung von Psyche und Finanzen die Zuversicht schwindet, ist es unbedingt erforderlich, dem etwas entgegenzusetzen, das bei den jungen Menschen die Kraft und den Willen stärkt, sowohl die eigene als auch die gesellschaftliche Gegenwart und Zukunft gestalten zu wollen und zu können. [...] Wie schon während der Pandemie leistet die Kinder- und Jugendhilfe auch in dieser gesamtgesellschaftlichen Krise besonders für vulnerable Menschen einen stabilisierenden Beitrag.“

Eine Auseinandersetzung mit der Klimakrise, als ein Bestandteil der „multiplen Krise“, ist in den Einrichtungen und Diensten der Kinder- und Jugendhilfe unumgänglich. Doch eine aktive Beschäftigung mit dem Thema darf von den Beteiligten nicht als zusätzliche Belastung erlebt werden. Bevor sich die Kinder- und Jugendhilfe auf den Weg macht, Klima- und Umweltschutz in ihren Einrichtungen und Strukturen zu etablieren, sollte eine gute Kommunikation und Sensibilisierung für das Thema an erster Stelle stehen.

8 Für den Klima- und Umweltschutz in der Kinder- und Jugendhilfe sensibilisieren

Schon jetzt zeichnen sich zwei zentrale Aufgabenfelder für die Kinder- und Jugendhilfe ab: Maßnahmen zur Begrenzung der Klimakrise und Anpassung an das gewandelte Klima. Bei Klimaschutzmaßnahmen geht es unter anderem darum, den Ausstoß an Treibhausgasen zu reduzieren, etwa durch Umstellung auf eine stärker pflanzenbasierte Ernährung, die Einsparung von Energie und Ressourcen oder die Nutzung erneuerbarer Energien. Klimaanpassungen umfassen sowohl baulich-technische Mittel (Sonnensegel, Markisen oder Wärmedämmung, Reduktion von Versiegelungen) als auch eine aktive Verbesserung des Mikroklimas (Dachbegrünung, Bäume pflanzen). Mit Blick auf die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen geht es bei Klimaanpassung aber auch um die Entwicklung und Umsetzung von Hitzeaktions- und Hitzeschutzplänen, eine stärkere Beobachtung der vulnerablen Gruppe, die Anpassung von Zeitplänen und Tagesabläufen, der Ernährung und manchmal auch eine Umstellung der Medikation (Der Paritätische Gesamtverband 2022c, S. 47ff.).

Wenn von Klimaschutz und damit einhergehenden Veränderungen die Rede ist, kann dies schnell auf Widerstand bei Fachkräften, Klient:innen, Angehörigen und auch Vorgesetzten stoßen. Die Ursachen dafür sind vielfältig, wichtig ist es aber, die Irritationen, Ängste und den Ärger ernst zu nehmen.

Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe stehen, wie im vorangegangenen Kapitel skizziert, vor großen Herausforderungen. In Krisenzeiten ist die Überlastung auf allen Seiten zu spüren und kann sich darin ausdrücken, „jetzt nicht auch noch was für das Klima tun zu können.“

Hinzu kommt die in Kapitel 3 beschriebene Ungerechtigkeit bei dem Thema. Kinder und Jugendliche haben aufgrund ihres Alters nichts zu dieser Krise beigetragen. Ähnlich verhält es sich bei den Fachkräften. Denn die Umweltbelastung steigt auch mit einem Anstieg des Einkommens: „In Haushalten mit weniger als 1.000 Euro Nettoeinkünften werden im Durchschnitt rund sechs Tonnen THG-Emissionen pro Jahr verursacht. Bei ansonsten gleichbleibenden Eigenschaften sind es für einen Spitzenverdiener-Haushalt mit Nettoeinkünften von über 4.000 Euro dagegen ca. 13 Tonnen – also mehr als doppelt so viel“ (Umweltbundesamt 2021b, S. 7). Fachkräfte in sozialen Berufen gehören nicht zu diesen Spitzenverdiener-Haushalten mit einem hohen CO₂-Fußabdruck. Demzufolge stellt sich die Frage: Warum sollen diejenigen, die am wenigsten zu dieser Krise beitragen, aber am stärksten von ihr betroffen sind, jetzt aktiv werden?

Schrader (2022) beschreibt in dem Handbuch „Über Klima reden“ die emotionalen Prozesse, die bei den Beteiligten in der Auseinandersetzung mit Klimakrise und Klimaschutz ablaufen. Bei der Abwehr von Klimaschutzmaßnahmen können kognitive und emotionale Aspekte eine Rolle spielen. Mit Blick auf die „Ungerechtigkeit“ (ebd., S. 401) kann das Thema Klimaschutz von den Fachkräften als Bedrohung für

ihre persönlichen Wertvorstellungen wie soziale Gerechtigkeit und Solidarität interpretiert werden. Zusätzlich kann Klimaschutz mit etwas assoziiert werden, das sich nur „Reiche“ leisten können oder zumindest sollten. Oft wird das Thema Klimaschutz auch in negative Narrative eingebaut, die nahelegen, dass Klimaschutz immer mit hohen Kosten, Verzicht und Anstrengung verbunden ist. Diese „Frames“ (ebd., S. 118) werden oft strategisch eingesetzt, „um eine Deutungshoheit zu erreichen und die eigene Interpretation als wichtiger darzustellen als die andere“ (ebd., S. 119). Diese Erzählungen können sich leicht in den Köpfen festsetzen und bei allen Beteiligten Verunsicherung auslösen.

Doch die Gründe für eine Abwehr von Klimaschutzmaßnahmen können noch tiefer gehen. Die Beschäftigung mit dem Klimaschutz führt bei den Adressierten automatisch zu einer Beschäftigung mit der Klimakrise und das kann – bei den Kindern und Jugendlichen, aber auch bei den Fachkräften und Ehrenamtlichen – negative Emotionen wie Angst und Ohnmacht auslösen. Und diese Emotionen motivieren nicht zum Handeln – im Gegenteil (ebd., S. 267). Bei der Beschäftigung mit der Klimakrise kann es auch passieren, dass die Adressierten ihr eigenes Selbstbild in Frage stellen müssen, wenn ihre Gedanken und Gefühle nicht mit dem eigenen Verhalten zusammenpassen. Diese „kognitive Dissonanz“ (ebd., S. 272f.), der Zwiespalt zwischen dem, was einem eigentlich wichtig ist – in dem Fall der Umwelt- und Klimaschutz und damit verbunden der Schutz der Kinder und Jugendlichen – und dem was man eigentlich tut – z. B. täglich Fleisch essen – bedroht das eigene positive Selbstbild. Das kann in der Konsequenz dazu führen, dass nicht etwa das eigene Verhalten in Richtung Klimaschutz verändert wird, sondern die eigenen Werte angepasst werden, z. B. indem argumentiert wird, dass Fleischkonsum zwar nicht so gut sei, aber auch die regionalen Landwirt:innen unterstütze.

Schrader (2022, S. 45) betont immer wieder, dass man mit Fakten und Sachargumenten allein nicht weiterkommt, wenn man diesen Ängsten und Widerständen begegnen will. Bevor Klimaschutzmaßnahmen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe angegangen werden, sollte daher mit allen Betroffenen über das Thema gesprochen werden. Negative Gefühle sollten dabei nicht verdrängt, sondern angenommen und besprochen werden. Eine mögliche Überlastung und der verbundene Stress bei der Implementierung von Klimaschutz- oder Klimaanpassungsmaßnahmen sollten nicht kleingeredet, sondern ernst genommen und nach Möglichkeiten der Entlastung gesucht werden. Auch sollte bei Maßnahmen auf Freiwilligkeit, statt auf Zwang gesetzt werden. Die Beschäftigung mit dem Thema kann Fachkräften, Ehrenamtlichen und den Kindern und Jugendlichen dabei helfen, aus der Ohnmacht heraus wieder in die Aktion zu gehen und dadurch „Selbstwirksamkeit“ (ebd., S. 78) zu erleben. An dieser Stelle kann erneut Spatscheck (2022, S. 46) herangezogen werden, der unter dem Leitprinzip „Sozial eingebettete Souveränität und Lebensqualität“ auch auf das Thema Suffizienz eingeht, und beschreibt, dass Suffizienz nicht als Mangel erlebt werden muss, sondern „an bewusst und aktiv gewählten Entscheidungen für Selbstbeschränkungen in Bezug auf ein Leben mit hoher Lebensqualität“ ausgerichtet sein kann.

Schrader (2022, S. 78) gibt Hinweise darauf, dass es den Menschen oft an Informationen fehlt, was sie konkret gegen die Klimakrise tun können und auch Zweifel an

einem tatsächlichen Effekt bestehen „Der Schlüssel ist dann oft, Menschen zu zeigen, dass sie etwas ändern können, ohne ihr lieb gewonnenes Leben komplett aufzugeben. Und dass sie dabei nicht allein sind, sondern in einer Gruppe stehen“ (ebd., S. 78). Bezogen auf die Kinder- und Jugendhilfe heißt das in der Kommunikation, das Gemeinschaftsgefühl zu stärken, und die positiven kurzfristigen und langfristigen Effekte zu betonen: Klimaschutzmaßnahmen, wie z. B. eine verbesserte Verpflegung und klimafreundliche Mobilität, tragen zum Gesundheitsschutz aller bei. Notwendige Klimaanpassungsmaßnahmen, wie z. B. eine Begrünung des Außengeländes oder angebrachte Außenmarkisen, führen zu einem besseren Innen- und Außenklima und damit zu einem besseren Arbeits- und Lebensumfeld. Mit den Bemühungen, die die Menschen in den Einrichtungen und Diensten jetzt leisten, werden sie Teil der notwendigen Transformation und leisten einen Beitrag für die langfristige Erhaltung der Lebensgrundlagen der eigenen Zielgruppe: ein Leben in Freiheiten und Sicherheit auf einem gesunden Planeten für die Kinder und Jugendlichen.

9 Große Hebel zum Klimaschutz in Einrichtungen und Diensten der Kinder- und Jugendhilfe

Um dem im vorangegangenen Kapitel von Schrader formulierten Wunsch nach Informationen und konkreten Handlungsempfehlungen nachzugehen, sollen im Folgenden die größten Hebel zum Klimaschutz in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe beschrieben werden. Aufgegriffen werden an dieser Stelle ausschließlich Maßnahmen, die ohne größere Investitionen von den Einrichtungen umgesetzt werden können.

Eine zentrale Rolle beim Klimaschutz in sozialen Einrichtungen spielt die Verpflegung. In Deutschland essen laut der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) täglich mehr als 17 Millionen Menschen in Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung, in Kantinen, Mensen und sozialen Einrichtungen – von Angeboten der Tagesbetreuung bis hin zu stationären Einrichtungen. Die Auswertungen der CO₂-Fußabdrücke von stationären Pflegeeinrichtungen und Kitas des AWO Bundesverbands und Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Gesamtverbands haben ergeben, dass sich im Durchschnitt die Hälfte der Treibhausgasemissionen auf die Verpflegung zurückführen lässt.⁴ Würden sich alle Menschen auf der Erde wie die Menschen in Deutschland ernähren, bräuchten wir etwa 3,3 Planeten, um die Lebensmittel nachhaltig produzieren zu können (Loken u. a. 2020).

Mit einer Umstellung des Verpflegungsangebots lässt sich mit Blick auf Emissionsersparungen viel bewegen. Doch Essen ist mehr als nur Nahrungsaufnahme. Es gibt Struktur im Alltag, fördert Gemeinschaft und ermöglicht Abwechslung. Essen ist an Gewohnheiten, Erinnerungen und Emotionen geknüpft, an Sitten und Gebräuche. Eine Umstellung in dem Bereich erfordert, wie in Kapitel 8 beschrieben, eine besonders gute Kommunikation und Beteiligung. „Fachkräfte der stationären und teilstationären Jugendhilfe stehen [...] täglich vor der Aufgabe, eben jenen Heranwachsenden als Eltern auf Zeit eine gute Entwicklung zu ermöglichen. Eine wesentliche Rolle spielt dabei auch die Ernährung. Sei es hinsichtlich der gesunden Verpflegung an sich, aber auch bezogen auf das allgemeine Verständnis vom Umgang mit Lebensmitteln bis hin zum gemeinsamen Essen als soziale Funktion“ (parikom 2019, S. 3).

Zentrale Aufgabe der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ist es, die Kinder und Jugendlichen mit schmackhaftem und qualitativ gutem Essen zu versorgen oder sie dabei zu unterstützen, sich selbst gut zu versorgen. Die wichtigsten Bausteine

⁴ Die genauen Zahlen werden regelmäßig aktualisiert und verändern sich anhand der Anzahl der ausgewerteten CO₂-Fußabdrücke. Die Werte können bei der NiNo GmbH – Nachhaltigkeit in Nonprofit-Organisationen angefragt werden: www.nino-nachhaltigkeit.de; [04.11.2024]

einer klimagesunden Verpflegung sind die Auswahl der Zutaten, die Art und Weise der Erzeugung und die Regionalität und Saisonalität der Lebensmittel. Forschende der Eat-Lancet-Kommission haben die Planetary Health Diet entwickelt, ein Vorschlag für eine Ernährungsform, die unseren Nährstoffbedarf vollständig deckt, Krankheiten vorbeugt und gleichzeitig die planetaren Grenzen respektiert (Willett u. a. 2019). Die Planetary Health Diet basiert auf vollwertigen, frischen Lebensmitteln vorwiegend pflanzlicher Herkunft und weniger tierischen Produkten. Im Vergleich zur durchschnittlichen deutschen Ernährung sollten demnach doppelt so viel Gemüse, zwanzigmal so viele Hülsenfrüchte, mehr Vollkorn, nur halb so viele Milchprodukte und zwei Drittel weniger Fleisch als derzeit konsumiert werden. Die Planetary Health Diet geht damit noch weiter als die Empfehlungen der DGE, die auch auf eine vollwertige pflanzenbasierte Ernährung abzielt, aber z. B. beim Verzehr von Milch und Milchprodukten größere Mengen ansetzt (Breidenassel u. a. 2022).

Bei einer schrittweisen Umstellung der Verpflegung können beide Ernährungsempfehlungen zur Unterstützung in den Einrichtungen herangezogen werden. Oft lassen es die niedrigen Essenspauschalen nicht zu, dass Einrichtungen die Verpflegung gleich vollständig auf Bio-Lebensmittel umstellen, aber eine schrittweise Umstellung mancher Komponenten kann in allen Einrichtungen erreicht werden. An weniger Tagen in der Woche Fleisch zu essen oder die Größen der Fleischportionen zu reduzieren ist nicht nur gut für die Gesundheit und spart Treibhausgasemissionen ein, es spart auch Geld. Diese Einsparungen können in regionale, saisonale oder sogar Bio-Lebensmittel investiert werden. Ähnlich verhält es sich bei den Lebensmittelabfällen. Einrichtungen können die vermeidbaren Lebensmittelabfälle im Blick haben, die Gründe für weggeworfene Speisen analysieren und Anpassungen vornehmen, um auch hier Treibhausgasemissionen und Geld einzusparen.⁵ Durch eine gesunde, nachhaltige Verpflegung können Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe einen wichtigen Beitrag zur körperlichen und geistigen Entwicklung der jungen Menschen leisten und auch ihre Essgewohnheiten für das weitere Leben mitprägen. In den Einrichtungen kommen zudem Kinder und Jugendliche aus verschiedenen Gesellschaftsgruppen und Kulturen zusammen. Die gemeinsamen Mahlzeiten fördern das Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühl und damit auch die emotionale und soziale Entwicklung der jungen Menschen (DGE 2022). Von der Vielfalt und Diversität der Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen und Wohngruppen kann die Umstellung der Verpflegung profitieren. Die Kinder und Jugendlichen können ihre Lieblingsgerichte vorstellen und klimagesunde Gerichte aus verschiedenen Ländern probieren. Da auch hier eine Veränderung der Verpflegung zunächst einen Mehraufwand bedeutet, sollte rechtzeitig das gesamte Team auf dem Weg mitgenommen werden und Fachkräfte durch Informationen und Angebote, wie z. B. klimagesunde Kochkurse, unterstützt werden.

⁵ Bei der Auswertung der Abfalldaten können kostenfreie Online-Tools, wie z. B. der Küchenmonitor, unterstützen: <https://kuechenmonitor.de/>; [04.11.2024]

Und natürlich öffnet eine Umstellung der Verpflegung auch wieder Raum für aktive Mitgestaltung und Partizipation. Das Sozialtherapeutische Zentrum Gut Priemern in Sachsen-Anhalt, das an dem Projekt „Klimaschutz in der Sozialen Arbeit stärken“ des Paritätischen Gesamtverbands teilnimmt, vereint Angebote der Eingliederungshilfe, Jugendhilfe, Beschäftigungsprojekte und einen gemeinnützigen Zweckbetrieb und betreut Kinder und Jugendliche in fünf stationären Wohngruppen. Auf dem Gutsgelände werden eigenes Obst und Gemüse angebaut, das zu 90 Prozent zur Eigenversorgung in der Küche genutzt wird. Die Kinder und Jugendlichen werden aktiv in die Arbeit mit eingebunden und die therapeutische Wirkung sozialer Landwirtschaft in die Arbeit mit den jungen Menschen. Ergänzt wird das Projekt durch einen kleinen Hofladen und ein Café. Dadurch wird auch die Brücke in den Sozialraum geschlagen (Lenz 2022). Nicht alle Einrichtungen und Dienste verfügen über diese Infrastruktur, aber auch im Kleinen kann eine Beschäftigung mit dem Thema Essen mit den Kindern und Jugendlichen stattfinden, z. B. durch das Bepflanzen von Hochbeeten, Kräuterkästen auf dem Balkon oder beim gemeinsamen Wocheneinkauf.

Eine weitere Stellschraube für den Klimaschutz in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ist es, den Verbrauch der Strom- und Heizenergie zu senken. Mit der Energiekrise haben Einsparungen in sozialen Einrichtungen im Herbst/Winter 2022/2023 an Dringlichkeit gewonnen. Bei einer Umfrage innerhalb der Mitgliedschaft des Paritätischen Wohlfahrtsverbands im September 2022 gaben 90 Prozent der Befragten an, dass ihre Einrichtung gefährdet ist. 46 Prozent der teilnehmenden Einrichtungen sagten, dass sie es ohne Hilfe maximal ein Jahr schaffen werden, ihre Angebote weiterzuführen (Der Paritätische Gesamtverband 2022d, S. 2).

Bevor in diesen Bereichen größere Investitionen getätigt werden, kann an das Nutzer:innenverhalten appelliert werden. Dieses Vorgehen empfiehlt der Paritätische Gesamtverband (2022e, S. 3) als erste Klimaschutzmaßnahme nach Analyse des CO₂-Fußabdrucks in Einrichtungen der Mitgliedschaft. Die wenigsten Einrichtungen können es sich leisten, ihre Heizung klimafreundlich umzurüsten oder mittels Photovoltaik selbst Strom zu produzieren. Im Team und im Austausch mit den Kindern und Jugendlichen kann besprochen werden, in welchen Bereichen Strom- und Heizenergie eingespart werden können.

Eine Begehung aller Räume der Einrichtung kann dabei helfen, Strom- und Heizverbräuche zu identifizieren und Einsparmaßnahmen zu entwickeln. Dazu gehören beim Stromverbrauch unter anderem, das Licht beim Verlassen der Räume auszuschalten, möglichst viel Tageslicht zu nutzen und dafür auf eine helle Raumgestaltung zu achten, Geräte bei Nichtbenutzung ganz auszuschalten und diverse Energiespareinstellungen an Computern, Bildschirmen und Routern vorzunehmen. Auch kleinere Investitionen sind möglich, vor allem da, wo das Nutzer:innenverhalten an seine Grenzen stößt: Sehr alte Geräte sollten gegen neue Geräte mit einer guten Energieeffizienzklasse ausgetauscht, Bewegungsmelder in Fluren und Treppenhäusern eingerichtet und alte Glühbirnen durch LED-Lampen erneuert werden. Eine schnelle und sehr wirksame Klimaschutzmaßnahme beim Stromverbrauch ist es, auf 100 Prozent Ökostrom umzustellen (ebd., S. 5).

Ähnlich verhält es sich bei der Heizenergie. Auch hier steht das Nutzer:innenverhalten an erster Stelle: Wichtige Maßnahmen sind richtig zu lüften, die Heizung nicht zu hoch zu drehen oder mit Möbeln oder Vorhängen zu verdecken und in ungenutzten Räumen die Heizung ganz auszuschalten. Aber auch hier können kleinere Investitionen, wie elektronische Thermostate, Sparduschköpfe, das Abdichten von Tür- und Fensterrahmen oder ein hydraulischer Abgleich vor der Heizperiode dabei unterstützen, Heizenergie einzusparen (ebd. S. 3f.).

Beim Nutzer:innenverhalten kann in den Einrichtungen auch mit sogenannten Nudges gearbeitet werden. Nudges sind „Aspekte der Entscheidungsarchitektur, die menschliches Verhalten in vorhersehbarer Weise verändern, ohne Optionen zu verbieten oder ökonomische Anreize zu setzen“ (ConPolicy 2022a, S. 9). Ein Nudge ist also kein Verbot oder finanzieller Anreiz. Es bleiben die Wahlmöglichkeiten erhalten, die Nudges sind leicht zu umgehen, das neue Verhalten ist im Interesse der genudgten Person und im Interesse der Gemeinschaft und der Umwelt (ebd.). In einer stationären Einrichtung oder Wohngruppe der Kinder- und Jugendhilfe könnte z. B. an den Zimmertüren ein Aufkleber mit der Aufschrift „Drück mich zum Abschied“ hängen, um daran zu erinnern, den Lichtschalter zu drücken. Nudges können im Team und mit den Kindern und Jugendlichen zusammen entwickelt werden. Sie verlieren dadurch nicht ihre Wirkung, steigern durch die Transparenz sogar die Akzeptanz (ConPolicy 2022b, S. 26). Beim Nudging kann mit den Kindern und Jugendlichen auch auf Gamification, dem „Einsatz von spielerischen Elementen mit dem Ziel der Verhaltensänderung und Motivationssteigerung bei Anwenderinnen und Anwendern“ (ebd., S. 15) gesetzt werden. So könnten sich Wohngruppen z. B. monatliche Stromeinsparziele setzen und sich beim Erreichen des Ziels mit einem Teamevent belohnen.

Ein weiterer Hebel für den Klimaschutz in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ist die Mobilität. Hier geht es um die An- und Abreise der Mitarbeiter:innen, aber auch um Ausflüge in den Einrichtungen und Auswärtstermine, wie die Begleitung zu Arztterminen oder Gruppeneinkäufen. Die Einrichtung kann hier mit der (Teil-)Finanzierung eines ÖPNV-Tickets oder Kooperation mit einem Jobrad-Anbieter unterstützen. Denkbar sind auch die Anschaffung von Fahrrädern für die Einrichtungen oder die Anschaffung von Lastenrädern, mit denen die Einkäufe erledigt werden können. Von großer Bedeutung ist bei Mobilitätsmaßnahmen auch die Umstrukturierung der Arbeitsabläufe. In ländlichen Regionen ist der ÖPNV oft schlecht ausgebaut und die Strecken sind zu weit, um sie mit dem Fahrrad zurückzulegen. Eine Mitfahrbörse kann den Mitarbeiter:innen dabei helfen, Fahrgemeinschaften zu bilden. Diese sollten dann auch in den Dienstplänen Berücksichtigung finden (Der Paritätische Gesamtverband 2022e, S. 6). Fahrten mit dem ÖPNV oder dem Fahrrad können im personell oft schlecht besetzten Alltag in den Einrichtungen mehr Zeit in Anspruch nehmen. Auch dies sollte berücksichtigt werden und der Mehrwert in dem zeitlichen Mehraufwand erkannt werden: „Die Fahrradfahrt zum Jugendamtstermin könnte genutzt werden, um im trubeligen Gruppenalltag etwas Abstand zu gewinnen und frische Luft und Energie zu tanken. Ein gemeinsamer Spaziergang mit dem:der Jugendlichen zum Arzttermin ist ein schöner, ungezwungener Anlass für ein gemeinsames Gespräch und ermöglicht oft den Zugang zu ganz anderen Themen als in der Wohngruppe“ (Deutscher Caritasverband 2023, S. 2).

Zuletzt soll an dieser Stelle noch das Thema Ressourcenverbrauch angesprochen werden. Zum Klimaschutz gehört auch immer ein verantwortungsvoller Umgang mit den Ressourcen der Erde. In fast allen Dingen, die wir besitzen, wie z. B. Kleidung oder Handys, stecken Rohstoffe, die wir der Erde entnehmen. „Grundsätzlich lässt sich festhalten: Alle nicht hergestellten und gekauften Produkte sind gut für die natürlichen Ressourcen und das Klima“ (Der Paritätische Gesamtverband 2022c, S. 32).

Der Deutsche Caritasverband (2023, S. 3) empfiehlt in seinem Themenheft zum „Klimaschutz im Alltag der stationären Jugendhilfe“ beim Thema Konsum das 3R-Prinzip zu beachten: Reduce (Konsum verringern, Abfall vermeiden und hinterfragen, was wir wirklich brauchen), Reuse (Gegenstände wiederverwenden, weitergeben, gebraucht kaufen) und Recycle (richtige Mülltrennung und Entsorgung, um die Ressourcen wieder in den Wertstoffkreislauf zu bringen).

Einen ersten Zugang zum Thema Ressourcen kann eine Einrichtung bei den jungen Menschen über die Kleidung herstellen. Im Leben von Kindern und Jugendlichen spielen Mode und Einkauf eine wichtige Rolle – unabhängig von Alter und Geschlecht. „Kleidung ist Ausdruck der Persönlichkeit, vermittelt Zugehörigkeit zu Gruppen und wird je nach Situation und Stimmung angepasst“ (LizzyNet 2022, S. 3). Der Begriff „Fast Fashion“ ist vielen jungen Menschen geläufig, doch sie verbinden damit vor allem menschenverachtende Produktionsbedingungen und weniger Umwelt- und Klimaaspekte. Die Materialien und Herkunftsorte ihrer Kleidung und Umweltsiegel für Kleidung kennen sie häufig nicht (ebd., S. 9). Das Jugendbildungs-Projekt „Klima&Klamotten“ des Onlinemagazins LizzyNet und des gemeinnützigen Frauenrechtsvereins FEMNET e.V. vermittelt in Bildungsworkshops Wissen über die Klimaauswirkungen der Kleidung entlang der Lieferkette, über den Kauf, den Gebrauch und die Entsorgung. Dieses Wissen kann in den Einrichtungen aufgegriffen werden und mit den Kindern und Jugendlichen können Alternativen zu „Fast Fashion“ besprochen und eingeführt werden, wie z. B. Reparatur- und Nähcafés, Kleidertauschpartys und Secondhand-Läden. Die gemeinnützige Gesellschaft WABE gGmbH hat Ende 2022 eine Secondhand Boutique eröffnet, in der alle Menschen einkaufen können, Menschen mit wenig Geld aber einen Rabatt erhalten. Außerdem unterhält die WABE gGmbH „Feuerstein´s Möbelladen“, in dem eine Vielzahl an gebrauchten Möbeln verkauft wird, die von einer Ausbildungs- und Schreinerwerkstatt aufbereitet wurden, und das Kaufhaus „Hin und Weg“ in dem junge Menschen, aber auch langzeitarbeitslose Menschen eine Ausbildung im Verkauf absolvieren können (Dehring 2023).

Die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe können mit gutem Beispiel voran gehen, indem sie solche Angebote nutzen oder selbst kleine Projekte ins Leben rufen. Und natürlich sollten sie bei der eigenen Beschaffung auch auf Nachhaltigkeit achten. Sei es bei der Berufsbekleidung, Flachwäsche in stationären Einrichtungen, Reinigungsmitteln, Bürobedarf oder elektronischen Geräten: soziale, ökologische und ökonomische Aspekte sollten von der Herstellung bis zur Entsorgung der Produkte und Dienstleistungen Beachtung finden. In diesem Prozess können Zertifizierungen und Siegel unterstützen. Oft lässt sich allerdings nicht gleich erkennen, welche Mindestanforderungen hinter den Siegeln stecken. Inzwischen gibt es gute

Online-Tools, die dabei helfen können, die Anforderungen an die Siegel besser einordnen zu können.⁶Nachhaltigkeitskriterien können bei Trägern und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe Bestandteil von Ausschreibungen werden, allerdings ist hier auch immer mit Mehrkosten zu rechnen, die von den Kostenträgern oft nicht gedeckt werden.

Mit Klimaschutzmaßnahmen lassen sich, wie am Beispiel der Verpflegung und der Strom- und Heizenergie gezeigt, auch finanzielle Einsparungen generieren. Mit den derzeitig steigenden Preisen für Heizen, Strom und Lebensmitteln bei gleichbleibenden vertraglich vereinbarten Entgelten und Zuwendungen können die Einrichtungen in diesen Tagen allerdings nur versuchen, diese Kostensteigerungen in Grenzen zu halten. Träger sozialer Einrichtungen wären grundsätzlich bereit, auch größere Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen, wenn die Finanzierung gesichert wäre. Das zeigen die gut besuchten Veranstaltungen zu investiven Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen der in Kapitel 6 genannten Klimaschutzprojekte, wie zuletzt eine Veranstaltung des Paritätischen Gesamtverbands im Januar 2023 zum Thema Photovoltaik mit 500 Teilnehmenden und die große Nachfrage nach Fördermittelberatung zu investiven Maßnahmen bei den Wohlfahrtsverbänden oder den Fördermittelberatungsstellen des Bundes, wie z. B. dem Zentrum Klimaanpassung. Auf die Notwendigkeit nach einer gesicherten Finanzierung und Förderung von Klimaschutz soll im letzten Kapitel dieser Expertise eingegangen werden.

⁶ Kompass Nachhaltigkeit: <https://www.kompass-nachhaltigkeit.de/> oder <https://www.siegelklarheit.de/>; [04.11.2024]

10 Forderung nach verbesserten Rahmenbedingungen für die Kinder- und Jugendhilfe

Das Thema Klimaschutz ist in der Kinder- und Jugendhilfe längst angekommen. Es geht nicht mehr um die Frage nach dem „Warum“, jetzt geht es um das „Wie“: Wie können Träger und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe dazu befähigt werden, ihre Arbeit klimaschonend auszurichten?

Für die großen investiven Klimaschutzmaßnahmen, wie dem Austausch der Heizungsanlage, Stromerzeugung mithilfe von Photovoltaik, der Umstellung der Fahrzeugflotte oder, wie oben angesprochen, einer vollständigen Umstellung hin zu einer klimagesunden Ernährung oder nachhaltigen Beschaffung, braucht es mehr Unterstützung.

„Für soziale Einrichtungen und Dienste ist die Finanzierung die größte Herausforderung in der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Derzeit mangelt es in nahezu allen Arbeitsfeldern der Wohlfahrtspflege an einer verlässlichen, planbaren und dauerhaften Refinanzierung solcher Maßnahmen“ (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege 2021, S. 1). Mittel aus der Regelfinanzierung sind nicht in ausreichender Höhe vorhanden oder in ihrer Verwendung eingeschränkt und auch die Befristung von Förderprogrammen, langwierige Antragsprozesse und ein zu hoher Eigenanteil erschweren eine kontinuierliche Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) hat die Bundesregierung 2021 dazu aufgefordert, Klimaschutz planbar zu machen und dauerhaft zu refinanzieren. „Ziel muss es sein, dass Ausgaben für den Klimaschutz Teil der jeweiligen Regelfinanzierung bzw. Finanzierungsart werden“ (ebd., S. 2). Aufgrund des hohen Handlungsdrucks fordert die BAGFW auch kurzfristige Maßnahmen, mit deren Hilfe Einrichtungen und Dienste den Klimaschutz unmittelbar angehen und umsetzen können: „Hierbei können neu aufgelegte bzw. ausgeweitete Förderprogramme eine wichtige Rolle spielen. Diese müssen jedoch unbürokratisch und schnell abrufbar sein. Zudem ist es zwingend notwendig, etwaige Eigenanteile auf ein absolutes Mindestmaß zu reduzieren und zu vermeiden, dass die Projekte unter die Beihilferegelungen fallen und ihre Nutzung dadurch eingeschränkt wird“ (ebd., S. 2). Förderprogramme sollten die Einstellung von Klima-Manager:innen für gemeinnützige Einrichtungen und Dienste ermöglichen, eine kostenlose, individuelle Einstiegsberatung zugänglich machen und helfen, den Sanierungsstau in den teils sehr energieintensiven Gebäuden zu beheben (ebd., S. 3). Erste Anregungen von diesen Forderungen wurden von der Bundesregierung aufgegriffen: Das Förderprogramm „Kommunalrichtlinie“ wurde im Januar 2022 auch für Organisationen der Sozial- und Wohlfahrtsverbände geöffnet und das Programm „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen (AnpaSo)“ fördert jetzt eine befristete Personalstelle auf übergeordneter Ebene freier Trägerschaften von sozialen Einrichtungen. Doch bei den Antragsverfahren klagen Träger von Einrichtungen über lange Bearbeitungszeiten und zu geringe Mittelausstattung. „Die als zu gering

eingeschätzte Ausstattung des Förderprogramms wirkt [...] hemmend auf die Motivation der Antragstellenden, da der Aufwand einen Antrag einzureichen in keinem guten Verhältnis zur Förderwahrscheinlichkeit steht“, schreibt die BAGFW (2022, S. 1) in einer Stellungnahme zum AnpaSo-Förderprogramm. Besonders für kleine Träger wäre zudem eine Förderquote von 100 Prozent ein wichtiger Baustein und Personalstellen sind auch auf regionaler Ebene von Bedeutung, „um eine gezielte Betreuung einzelner Einrichtungen (z. B. bei der Antragstellung) gewährleisten zu können“ (ebd.).

„Soziale Einrichtungen dürfen mit ihren Bemühungen zum Klimaschutz nicht allein gelassen werden“ (Yeung 2023, S. 19). Die Wohlfahrtsverbände unterstützen die freien Träger mit Projekten und Informationsangeboten. Doch für größere investive Maßnahmen ist die Politik gefragt, die Rahmenbedingungen anzupassen. „Wir fordern von der Politik, dass sie soziale Einrichtungen zum Umwelt- und Klimaschutz befähigt“, schreibt der Paritätische Gesamtverband (2023, S. 6) in seinem Leitantrag 2023.

Die Wohlfahrtsverbände machen diese Forderungen innerhalb der BAGFW und in Bündnissen mit Umweltverbänden laut. Auch auf regionaler Ebene haben Träger die Möglichkeit, Gespräche mit Politiker:innen zu suchen und sich in Verhandlungen mit den Kostenträgern für die Berücksichtigung von Nachhaltigkeit und Klimaschutz einzusetzen. In den sächsischen Landkreisen führte der starke Druck seitens der Jugendhilfeträger beispielsweise zu einer Anhebung der Verpflegungspauschale von 4,95 Euro auf 6,25 Euro pro Tag und Kind. „Diese Pauschale bildet einen wichtigen Grundstein, um eine ausgewogene Versorgung anbieten zu können“ (parikom 2019, S. 9). Verhandlungen mit Kostenträgern und Gespräche mit Entscheidungsträgern können sich in vielen Bereichen lohnen, um eine klimagerechte Arbeit und Versorgung in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe gewährleisten zu können.

11 Literaturverzeichnis

- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) (2020): How dare you? Die Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe für die Umsetzung ökologischer Kinderrechte. Verfügbar über: https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2020/How_dare_you.pdf; [02.05.2023]
- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) (2021): Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in Corona-Zeiten: Eine Zwischenbilanz zu den Auswirkungen auf Jugendliche, junge Erwachsene und die Strukturen der Jugend(sozial)arbeit. Verfügbar über: https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2021/Positionspapier_Corona_Jugendarbeit.pdf; [14.05.2023]
- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) (2022a): Offener Brief. Kinder und Jugendliche jetzt unterstützen – Kinder- und Jugendpolitik angesichts des aktuellen Krieges in der Ukraine. Verfügbar über: https://www.agj.de/fileadmin/files/pressemitteilungen/Offener_Brief_Ukraine.pdf; [14.05.2023]
- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) (2022b): Zwischenruf: Wärmende Orte trotz Inflation und Energiekrise – Kinder und Jugendhilfe nötiger denn je! Verfügbar über: https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2022/Zwischenruf_Waermende_Orte_in_Krisenzeiten.pdf; [13.05.2023]
- Augustin, J./Sauerborn, R./Burkart, K./Endlicher, W./Jochner, S./Koppe, C./Menzel, A./Mücke, H.-G./Herrmann, A. (2017): Gesundheit. In: Brasseur, G. P./Jacob, D./Schuck-Zöller, S. (Hrsg.): Klimawandel in Deutschland. Entwicklung, Folgen, Risiken und Perspektiven. Heidelberg, S. 137–149.
- AWO Bundesverband e.V. (2022): Klimaschutz ist Solidarität! Unser Weg zur Klimaneutralität. Verfügbar über: <https://awo.org/wp-content/uploads/Projekte-Programme/AWO-Massnahmenplan-Klimaschutz.pdf>; [17.12.2022]
- Bayrischer Jugendring (BJR) (2015): Nachhaltige Entwicklung in der Jugendarbeit. München: Bayrischer Jugendring K.d.ö.R.
- Bergmann, K.-C./Straff, W. (2015): Klimawandel und Pollenallergie: Wie können Städte und Kommunen allergene Pflanzen im öffentlichen Raum reduzieren? Verfügbar über: https://www.pollenstiftung.de/fileadmin/user_upload/documents/umid_02-2015-1_klimawandel_und_pollenallergie.pdf; [04.06.2023]
- Bohnenberger, K. (2022): Klimasozialpolitik. Ein Forschungsstandbericht zur Verbindung von Klimapolitik und Sozialpolitik. DIFIS-Studie Nr. 3. Duisburg & Bremen.
- Böhnisch, L (2020): Soziale Nachhaltigkeit als Thema für die Jugendarbeit – Bildung und Lebensbewältigung im Konfliktfeld von Wachstumszwang und sozialökologischer Sorge. In: sozial-raum.de (12), H.1. Verfügbar über: <https://www.sozialraum.de/soziale-nachhaltigkeit-als-thema-fuer-die-jugendarbeit.php>; [04.06.2023]
- Brand, U./Wissen, M. (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München.
- Brebeck, A./Liedholz, Y. (2022): Bildung für nachhaltige Entwicklung und Jugendarbeit. Partizipation – Parteilichkeit – Gender. In: Pfaff, T./Schramkowski, B./Lutz, R. (Hrsg.): Klimakrise, Sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. Weinheim & Basel, S. 167–178.
- Breidenassel, C./Schäfer, A. C./Micka, M./Richter, M./Linseisen, J./Watzl, B. (2022): Einordnung der PHD anhand einer Gegenüberstellung mit den lebensmittelbezogenen Ernährungsempfehlungen der DGE. Eine Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V. In: Ernährungs Umschau, H. 5, S. 56–72.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) (2021): Forderungen an die Bundesregierung Klimaschutz in der Freien Wohlfahrtspflege fördern! Verfügbar über: <https://www.bagfw.de/veroeffentlichungen/stellungnahmen/positionen/detail/forderungen-an-die-bundesregierung> [29.05.2023]
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) (2022): Stellungnahme zum Entwurf der Förderrichtlinie „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“ (AnpaSo). Verfügbar über: <https://paritaet-bw.de/system/files/abschnittdokumente/20220908-bagfw-stena-klimaanpassung-soz-einrichtungen.pdf> [29.05.2023]
- Bundesverfassungsgericht (2021): Verfassungsbeschwerden gegen das Klimaschutzgesetz teilweise erfolgreich. Pressemitteilung Nr. 31. Verfügbar über: <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html>; [22.05.2023]
- Bunz, M./Mücke, H.-G. (2017): Klimawandel physische und psychische Folgen. In: Bundesgesundheitsblatt, H.6, S. 632–639.
- ConPolicy (2022a): Mit Nudging klimafreundliches Verhalten anstoßen – Einführung. Verfügbar über: <https://green-nudging.de/wp-content/uploads/2021/02/Intro-Praesentation-blanko-ohne-Notizen.pdf>; [29.05.2023]
- ConPolicy (2022b): Leitfaden zur Erarbeitung von Nudges. Verfügbar über: https://green-nudging.de/wp-content/uploads/2020/06/Green-Nudging_Leitfaden.pdf; [29.05.2023]
- DBSH (2014): Berufsethik des DBSH. Ethik und Werte. In: FRUM sozial, H.4.

- Dehring, F. (2023): Innovation gegen Arbeitslosigkeit und Klimakrise. Verfügbar über: <https://www.der-paritaetische.de/themen/bereichsuebergreifende-themen/klimaschutz-umweltschutz-und-klimaanpassung/projekt-klimaschutz-in-der-sozialen-arbeit-staerken/klimaschutz-in-der-praxis/innovation-gegen-arbeitslosigkeit-und-klimakrise>; [29.05.2023]
- Der Paritätische Gesamtverband e.V. (2019): Sozial-ökologische Wende – Paritätische Grundsätze erfolgreicher Klimapolitik. Verfügbar über <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/sozial-oekologische-wende-paritaetische-grundsaeetze-erfolgreicher-klimapolitik>; [13.05.2023]
- Der Paritätische Gesamtverband e.V. (2022a): Brandbrief: Es braucht einen Schutzfonds für soziale Einrichtungen und Dienste, Verfügbar über https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/BM_Lauterbach_Brandbrief_Schutzfonds_f.soziale_Einrichtungen_u.Dienste_1.pdf; [13.05.2023]
- Der Paritätische Gesamtverband e.V. (2022b): Positionspapier: Für Menschen, nicht Märkte. Verfügbar über: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Gemeinnuetzigkeit/Docs/Positionspapier_FuerMenschen_NichtMaerkte.pdf; [27.05.2023]
- Der Paritätische Gesamtverband e.V. (2022c): Klimaschutz und Klimaanpassung in Kindertageseinrichtungen. Verfügbar über: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Klimaschutz-Anpassung-in-Kitas_barrierefrei.pdf; [13.05.2023]
- Der Paritätische Gesamtverband e.V. (2022d): Soziale Infrastruktur vor dem Aus? Eine Umfrage des Paritätischen Gesamtverbands 2022. Verfügbar über: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Seiten/Presse/docs/umfrage-energiekosten-2021_web.pdf; [13.05.2023]
- Der Paritätische Gesamtverband e.V. (2022e): Empfehlungen zur Reduktion des CO₂-Fußdrucks. Verfügbar über: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/231116_Paritaetische_Broschuere_03_Klimaschutz_in_Pflegeeinrichtungen_Web.pdf; [13.05.2023]
- Der Paritätische Gesamtverband e.V. (2023): Für eine sozial-ökologische Zukunft: Ungleichheit bekämpfen. Verfügbar über: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Stellungnahmen/doc/230427_MV_Position_FuerSozial%C3%96kologischeZukunft.pdf; [13.05.2023]
- Deutsche Gesellschaft für Ernährung (2022): DGE-Qualitätsstandard für die Verpflegung in Kitas. Verfügbar über: <https://www.dge.de/fileadmin/dok/gemeinschaftsgastronomie/einrichtungen/kitas/Kita-Leitfaden-DGE-Kita.pdf>; [17.12.2022]
- Deutscher Caritasverband e.V. (2020): Klimaschutz ambitioniert und sozial gerecht gestalten. Verfügbar über: <https://www.caritas.de/fuerprofis/stellungnahmen/15-10-2020-klimaschutz-ambitioniert-und-sozial-gerecht-gestalten> [17.12.2022]
- Deutscher Caritasverband e.V. (2023): Klimaschutz im Alltag der stationären Jugendhilfe. Verfügbar über: https://klima.caritas.de/wp-content/uploads/2023/05/klima_massnahmen_stationaere_jugendhilfe_caritas.pdf; [29.05.2023]
- Deutsches Ärzteblatt (2023): Flutkatastrophe im Ahrtal: Kinder und Jugendliche leiden immer noch an den Folgen. Verfügbar über: <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/141987/Flutkatastrophe-im-Ahrtal-Kinder-und-Jugendliche-leiden-immer-noch-an-den-Folgen> [02.05.2023]
- Deutschländer, T./Mächel, H. (2017): Temperatur inklusive Hitzewellen. In: Brasseur, G. P./Jacob, D./Schuck-Zöller, S. (Hrsg.): Klimawandel in Deutschland. Entwicklung, Folgen, Risiken und Perspektiven. Heidelberg, S. 47–56.
- DGSA (o. J.): Klimagerechtigkeit und sozialökologische Transformation in der Sozialen Arbeit. Verfügbar über: <https://www.dgsa.de/fachgruppen/klimagerechtigkeit-und-sozial-oekologische-transformation-in-der-sozialen-arbeit>; [04.06.2023]
- Diakonie Deutschland e.V. (2021): Nachhaltigkeitsleitlinien für die Diakonie. Verfügbar über: https://www.diakonienportal.de/fileadmin/user_upload/UEber_uns/Nachhaltigkeit/2021_Nachhaltigkeitsleitlinien_fuer_die_Diakonie.pdf; [13.05.2023]
- Donath, P. B. (2023): Kinderrechte in Krisenzeiten. In: Der Paritätische Gesamtverband (Hrsg.): Facetten der Generation Corona. Perspektiven der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, Berlin, S. 6–7. Verfügbar über: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Kindertagesbetreuung/kita/doc/info-reihe_kinder-jugend-familie-1_hochformat_web.pdf; [13.05.2023]
- DRK e.V. (2021): Nachhaltigkeitsmanagement im DRK. Eine Policy zum Thema Nachhaltigkeitsmanagement im DRK e.V. Verfügbar über: https://www.drk.de/fileadmin/user_upload/06_Das_DRK/063_Ziele_Aufgaben_Selbstverstaendnis/Nachhaltigkeit/DRK-Policy_Nachhaltigkeitsmanagement.pdf; [13.05.2023]
- Eichinger, M./Andreas, M./Hoeppe, A./Nisius, K./Rink, K. (2023): Kinder- und Jugendgesundheit in der Klimakrise. Herausforderungen und Chancen für Kinder- und Jugendärzt:innen. In: Monatsschrift Kinderheilkunde, Ausgabe 02/2023, S. 114–123.
- FAZ (2002): Unglück: Kind stirbt qualvoll in überhitztem Auto. Verfügbar über: <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/unglueck-kind-stirbt-qualvoll-in-ueberhitztem-auto-160724.html>; [22.05.2023]
- FDP (2019): LINDNER-Interview: Klimaschutz ist was für Profis. Verfügbar über <https://www.fdpbt.de/lindner-interview-klimaschutz-was-fuer-profis>; [22.05.2023]

- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2022): Zusammenfassung für die politische Entscheidungsfindung [H.-O. Pörtner, D.C. Roberts, E.S. Poloczanska, K. Mintenbeck, M. Tignor, A. Alegría, M. Craig, S. Langsdorf, S. Löschke, V. Möller, A. Okem (Hrsg.)]. In: Klimawandel 2022: Folgen, Anpassung und Verwundbarkeit. Beitrag der Arbeitsgruppe II zum Sechsten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen [H.-O. Pörtner, D.C. Roberts, M. Tignor, E.S. Poloczanska, K. Mintenbeck, A. Alegría, M. Craig, S. Langsdorf, S. Löschke, V. Möller, A. Okem, B. Rama (Hrsg.)]. Deutsche Übersetzung (korrigierte Version) auf Basis der Version vom Februar 2024. Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle, Bonn; Die Luxemburger Regierung, Luxemburg; Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Wien; Akademie der Naturwissenschaften Schweiz SCNAT, ProClim, Bern; März 2024
- Jugendbildungsstätten Bayern (o.J.): KlimaBild. Klimawandel, Nachhaltigkeit – und mittendrin: unsere Gesundheit. Verfügbar über: <https://www.jugendbildungsstaetten.de/projekte/klimabild/>; [Zugriff: 25.05.2023]
- Klus, S./Schramkowski, B. (2023): Was bedeutet sozialökologische Transformation? Denkanstöße für die Soziale Arbeit. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, H.1, S. 3–5.
- Kunz, M./Mohr, S./Werner, P. (2017): Niederschlag. In: Brasseur, G. P./Jacob, D. /Schuck-Zöller, S.(Hrsg.): Klimawandel in Deutschland. Entwicklung, Folgen, Risiken und Perspektiven. Heidelberg S. 57–66.
- Lasch-Born, P./Gutsch, M./Reyer, C./Suckow, F. (2013): Auswirkungen auf den Wald in Deutschland. In: Geringtarbe, F.h-W./Welzer, H. (Hrsg.): Zwei Grad mehr in Deutschland. Wie der Klimawandel unseren Alltag verändern wird. Frankfurt am Main, S. 99–130.
- Lenz, C. (2022): Soziale Landwirtschaft im Gut Priemern vereint Selbstversorgung und Therapie. Verfügbar über: <https://www.der-paritaetische.de/themen/bereichsuebergreifende-themen/klimaschutz-umweltschutz-und-klimaanpassung/projekt-klimaschutz-in-der-sozialen-arbeit-staerken/klimaschutz-in-der-praxis/soziale-landwirtschaft-im-gut-priemern-vereint-selbstversorgung-und-therapie-1/>; [25.05.2023]
- Liedholz, Y. (2021a): Berührungspunkte von Sozialer Arbeit und Klimawandel. Perspektiven und Handlungsspielräume. Opladen & Berlin & Toronto.
- Liedholz, Y. (2021b): Klimagerechtigkeit als besserer Klimaschutz. Ein Impuls für die Soziale Arbeit. In: FORUM sozial, 27. Jg., H.3, S. 23–28.
- Liedholz, Y. (2022a): Erwartungen an Sozialarbeiter:innen zum Klimawandel in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. FU Berlin: Masterarbeit (unveröffentlicht).
- Liedholz, Y. (2022b): Hitze und Soziale Arbeit. Der Ruf nach Hitzeaktionsplänen wird lauter. In: Soziale Sicherheit, 71. Jg., H.10, S. 361–365.
- Liedholz, Y. (2023): Ökologische Nachhaltigkeit in der Kinder- und Jugendhilfe – was heißt das? In: Forum Jugendhilfe, H.2, S. 4–10.
- LizzyNet, SKOPOS (2022): Kleidung & Klima. Verfügbar über: https://www.lizzynet.de/wws/bin/60658980-60659748-1-fokusgruppen__kleidung_klima_webseite-aktuell.pdf; [25.05.2023]
- Loken, B./De Clerck, F./Bhowmik, A.t (2020): Diets for a Better Future. Rebooting and Reimagining Healthy and Sustainable Food Systems in the G20. Verfügbar über: https://eatforum.org/content/uploads/2020/07/Diets-for-a-Better-Future_G20_National-Dietary-Guidelines.pdf; [02.05.2023]
- Lorenz, S./Krey, I./Harms, F./Freiseis, A./Schmid, F./Pokora, R./Stamos, K./Kohlfürst, D./Albertowski, A. S.(2023): Klimawandel und Kindergesundheit – Ein Aufruf zum Handeln. Statement des Netzwerks #gemeinsamstarkfürkinder. In: Monatsschrift Kinderheilkunde, 171. Jg., H.1, S. 63–71.
- Lutz, Ronald (2022): Anthropozän und Klimaverwandlung. Skizzen einer „transformativen Sozialen Arbeit“. In: Pfaff, T./Schramkowski, B./Lutz, R. (Hrsg.): Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. Weinheim & Basel: Beltz, S. 370–394.
- Matthews, D./Graham, T./Keverian, S./Lamontagne, C./Seto, D./Smith, T. (2014): National contributions to observed global warming. In: Environmental Research Letters, 9. Jg., H.1.
- Niessen, P./Peter, F.(2022): Emotionale Unterstützung junger Menschen in der Klimakrise. Zur Bedeutung von Gefühlen für die Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen. In: Pfaff, T./ Schramkowski, B./Lutz, R. (Hrsg.): Klimakrise, Sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. Weinheim & Basel, S. 133–148.
- Oehlmann, M./Linsenmeier, M./Kahlenborn, W./Götting, K./Klaas, K./Ciroth, A./Bunsen, J./Rossbach, M.(2021): Wirkungen veränderter Einkommen auf den Ressourcenverbrauch. Abschlussbericht. Dessau-Roßlau.
- Oxfam (2022): Carbon Billionaires. The investment emissions of the world's richest people. Oxford.
- Heinke, S./ Mann, H./ Rose, L., Schindhelm A./ Richter, M. (2019): Damit gute Ernährung in der Jugendhilfe gelingt.parikom – Paritätisches Kompetenzzentrum für soziale Innovation gGmbH. Verfügbar über: https://parikom.de/wp-content/uploads/2019/07/parikom_2019_powerfood_broschuere_210x297_web_bogen.pdf; [02.05.2023]
- Peter, F./Petermann, D. (2021): Kinder und Jugendliche als Risikogruppe in der Klimakrise. Umwelt- und Klimaveränderungen in der Interaktion mit sensiblen Entwicklungsphasen. In: Hierdeis, H./Scherer, M./Berghold, J.(Hrsg.): Klimakrise und Gesundheit. Zu den Risiken einer menschengemachten Dynamik für Leib und Seele. Göttingen, S. 159–178.
- Pfaff, T./Schramkowski, B./Lutz, R. (Hrsg.) (2022): Klimakrise, Sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. Weinheim & Basel.

- Rathgeb, K./Rau, A. (2023): Ökologische Krise, Kritik und Soziale Arbeit. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, 170. Jg., H.1, S. 20–23.
- RND (2021): Flutkatastrophe im Ahrtal: 69 der 134 Toten stammten aus Ahrweiler. Verfügbar über: <https://www.rnd.de/panorama/hochwasser-im-ahr-tal-das-juengste-todesopfer-war-vier-jahre-alt-das-aelteste-97-T3FPN5OE76AAWKGLCY6EV5USS1.html>; [02.05.2023]
- Schad, M./Sommer, B./Wessels, S.(2013): Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesellschaft. In: Gerstengarbe, F./Welzer, H. (Hrsg.): Zwei Grad mehr in Deutschland. Wie der Klimawandel unseren Alltag verändern wird. Frankfurt am Main, S. 131–188.
- Scheiwe, K.(2018): Das Kindeswohl im Recht. Funktionen eines unbestimmten Rechtsbegriffs und seine Auslegung. In: Betz, T./Bollig, S./Joos, M./Neumann, S.(Hrsg.): Gute Kindheit. Wohlbefinden, Kindeswohl und Ungleichheit. Weinheim & Basel, S. 84–100.
- Schleinkofer, J. (2023): Jugendsozialarbeit trifft Bildung für Nachhaltige Entwicklung – ein Förderprogramm für junge Menschen in schwierigen Lebenslagen. In: Liedholz, Y./Verch, J. (Hrsg.): Nachhaltigkeit und Soziale Arbeit. Grundlagen, Bildungsverständnisse, Praxisfelder. Opladen & Berlin & Toronto, S. 199–211.
- Schleussner, C.-F. /Rahmstorf, S./Terli, Ö./Wulfmeyer, V. (2021): Die Flutkatastrophe im Juli 2021 in Deutschland und die Klimakrise – eine Stellungnahme von Wissenler:innen der Scientists for Future. Verfügbar über <https://de.scientists4future.org/die-flutkatastrophe-im-juli-2021-in-deutschland-und-die-klimakrise-pm/>; [25.05.2023]
- Schmelz, A. (2022): Greening Social Work im Anthropozän. In: Pfaff, T./ Schramkowski, B./Lutz, R. (Hrsg.): Klimakrise, Sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. Weinheim & Basel, S. 22-34.
- Schmidt, M. (2021): Eine theoretische Orientierung für die Soziale Arbeit in Zeiten des Klimawandels. Von der ökosozialen zur sozial-ökologischen Transformation. Opladen & Berlin & Toronto.
- Schrader, C. (2022): Über Klima sprechen. Das Handbuch. München.
- Schramkowski, B. (2022): Ökologische Gewalt als Kindeswohlgefährdung? In: Pfaff, T./ Schramkowski, B./Lutz, R. (Hrsg.): Klimakrise, Sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. Weinheim & Basel, S. 120–132.
- Schubert, S. (2021): Nachhaltigkeit und Offene Kinder- und Jugendarbeit. In: Deinet, U./ Sturzenhecker, B./v. Schwanenflügel, L./Schwerthelm, M. (Hrsg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden, S. 811–825.
- Schultz, M./Klemp, D./Wahner, A. (2017): Luftqualität. In: Brasseur, G. P./Jacob, D. /Schuck-Zöller, S.(Hrsg.): Klimawandel in Deutschland. Entwicklung, Folgen, Risiken und Perspektiven. Heidelberg, S. 127–136.
- Sommer, M./Haunss, S./Gardner, B. G./Neuber, M./Rucht, D. (2020): Wer demonstriert da? Ergebnisse von Befragungen bei Großprotesten von Fridays for Future in Deutschland im März und November 2019. In: Haunss, S./Sommer, M. (Hrsg.): Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung. Bielefeld, S. 15–66.
- Spatscheck, C. (2022): Soziale Arbeit im Kontext sozialökologischer Krisenlagen. Konzeptionelle Grundlegungen und fachliche Positionierungen. In: Pfaff, T./Schramkowski, B./Lutz, R. (Hrsg.): Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. Weinheim & Basel, S. 37–51.
- Staub-Bernasconi, S. (2019): Menschenwürde – Menschenrechte – Soziale Arbeit. Die Menschenrechte vom Kopf auf die Füße stellen. Opladen & Berlin & Toronto.
- SWR (2021): Nach dem Hochwasser: “Das ist hoch traumatisierend für die Kinder“. Verfügbar über <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/koblenz/traumatisierte-kinder-hochwasser-100.html>; [02.05.2023]
- Thamm, R./Hey, I./Thamm, M. (2019): Epidemiologie allergischer Erkrankungen: Prävalenzen und Trends in Deutschland. In: Klimek, L./Vogelberg, C./Werfel, T. (Hrsg.): Weißbuch Allergie in Deutschland. Berlin, S. 27–51.
- Umweltbundesamt (UBA) (2008): Kipp-Punkte im Klimasystem. Welche Gefahren drohen? Dessau-Roßlau.
- Umweltbundesamt (UBA) (2019): Monitoringbericht 2019 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe Anpassungsstrategie der Bundesregierung. Dessau-Roßlau.
- Umweltbundesamt (UBA) (2021a): Wie hoch sind die Treibhausgasemissionen pro Person in Deutschland durchschnittlich? Verfügbar über: <https://www.umweltbundesamt.de/service/uba-fragen/wie-hoch-sind-die-treibhausgasemissionen-pro-person>; [22.05.2023]
- Umweltbundesamt (UBA) (2021b): Keine Wende in Sicht. Einkommen & Umweltbelastung gehen weiter Hand in Hand. Verfügbar über <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/keine-wende-in-sicht>; [14.05.2023]
- unicef (o.J.): Konvention über die Rechte des Kindes. Verfügbar über: <https://www.unicef.de/informieren/materialien/konvention-ueber-die-rechte-des-kindes/17528>; [08.06.2023]
- Vinage, T. d. (2020): One Week For Future. Die deutsch-tschechischen Programmwochen des djo-Bundesverbands zum Thema Nachhaltigkeit. In: PFEIL, 69. Jg., H. 3, S. 16–17.
- Wichert, P. v. (2008): Klimatische Hitzewellen und deren Konsequenzen für die gesundheitliche Betreuung vorgeschädigter Personen. In: Medizinische Klinik, 103. Jg., H. 2, S. 75–79.

- Willett, W./Rockström, J./Loken, B./Springmann, M./Lang, T./Vermeulen, S. (2019): Food in the Anthropocene: the EAT–Lancet Commission on healthy diets from sustainable food systems. In: *The Lancet*, 393. Jg., H., 10170, S. 447–492.
- Yeung, J. (2023): Klimaschutz in der Sozialen Arbeit stärken! In: *Blätter der Wohlfahrtspflege*, 170. Jg., H. 1, S. 17–19.